



AN MORGEN DENKEN

Landtagswahlprogramm 2008

beschlossen von der Landesmitgliederversammlung
in Darmstadt am 22. September 2007

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	1
Moderne Umweltpolitik made in Hessen.....	7
Besser leben mit Kindern in Hessen	14
Konzepte für die Schule von Morgen.....	16
Wissenschaft – Talente zuerst.....	23
Hessens Wirtschaft: zurück an die Spitze.....	25
Kultur und Medien – da geht noch was.....	30
Zusammenleben in Hessen stärken.....	32
Selbstbestimmt und sozial.....	35
Hessen wagt mehr Demokratie und Bürgerrechte.....	38
Solide Finanzpolitik für Hessen.....	42

Liebe Bürgerin,

lieber Bürger,

wie stellen Sie sich die Zukunft unseres Bundeslandes vor? Welches Hessen wünschen Sie sich in fünf Jahren, welches wollen Sie Ihren Kindern und Kindeskindern hinterlassen?

Bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 entscheiden Sie genau über diese Fragen.

Mit unserem Wahlprogramm „An Morgen Denken“ unterbreiten wir GRÜNE Ihnen unser Angebot. Wir wollen in Hessen ökologisch verantwortlich regieren. Wir wollen unser Land in sozialer Verantwortung modernisieren und wieder zu einem gesellschaftlich und wirtschaftlich starken Bundesland machen. Dabei leitet uns die Devise ‚Global denken – Lokal handeln‘.

Wir laden Sie dazu ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu beschreiten und stellen Ihnen auf den nächsten Seiten vor, was wir konkret neu und anders machen werden, wenn Sie uns bei der Wahl Ihr Vertrauen schenken. Das zentrale GRÜNE Thema Geschlechtergerechtigkeit haben wir ganz im Sinne des Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen und Kapiteln berücksichtigt und mit dem Symbol ♀ am Rand hervorgehoben.

Nach neun Jahren konservativer Regierung braucht Hessen den Politikwechsel.

Die einstige Führungsrolle unseres Bundeslandes („Hessen vorn“) ist passé, geblieben ist in den meisten Bereichen bestenfalls eine Position im Mittelfeld. Das gesellschaftliche Klima ist rauer geworden. Die mit absoluter Mehrheit regierende CDU bedrückt die Menschen in Hessen durch rücksichtslose Machtausübung und das Ziel, obrigkeitliche Autorität der Vergangenheit wieder aufleben zu lassen. Der soziale Kahlschlag durch Entzug der Unterstützung für unzählige Initiativen, die sich benachteiligten Menschen angenommen haben, ist hierfür nur ein Beispiel.

Die Bildungschancen – gerade der jüngsten – Bürgerinnen und Bürger haben sich durch eine Schul- und Hochschulpolitik von vorgestern verschlechtert; es wird auf Auslese statt Förderung gesetzt und alle internationalen Erkenntnisse werden schlicht ignoriert.

Die Angebote für Betreuung und Bildung von Kleinkindern sind in Hessen noch immer völlig unzureichend, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird nicht erleichtert. Trotz anders lautender Lippenbekenntnisse wollen die meisten Konservativen weiterhin den Dreiklang Kinder, Küche, Kirche in der Familienpolitik durchsetzen.

Wir GRÜNE wollen dagegen ein tolerantes Hessen, in dem die Menschen in ihren Eigenheiten geachtet werden und ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe in Respekt voreinander verwirklichen können.

Bevor Hessen von Roland Koch regiert wurde, hatte es einen wirtschaftlichen Spitzenplatz inne. Inzwischen ist es in Sachen wirtschaftlicher Dynamik das Schlusslicht der westdeutschen Länder. Statt dem entgegen zu wirken, setzt die Landesregierung weiter auf Instrumente der Wirtschaftspolitik von vorgestern. Nicht die Kreativität kleiner und mittlerer Unternehmen wird gefördert, sondern die Regierung Koch biedert sich bevorzugt bei den etablierten Großunternehmen an, z.B. bei den Energiekonzernen, indem sie versucht, den Atomausstieg in Hessen zu verhindern und die Energiewende zu blockieren.

Trotz weithin fehlender Unterstützung durch die Landesregierung haben die aufstrebenden Unternehmen auf dem neuen Energiesektor in den letzten Jahren mehr Arbeitsplätze geschaffen und dauerhaft gesichert als die Betreiber von Großkraftwerken! Doch statt die vorhandenen Stärken bei der Entwicklung und Errichtung alternativer Energieträger auszubauen, wurde deren Förderung in den letzten Jahren massiv eingeschränkt. Wen wundert es da, dass die Arbeitslosigkeit in Hessen über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer liegt und viele Jugendliche nach dem Schulabschluss keine Lehrstelle bekommen? – Diese Zustände passen nicht zu Hessen und es gab sie vor Roland Koch so auch nicht.

In den vergangenen neun Jahren hat die Regierung Koch unserem Land in jeder Hinsicht erheblichen Schaden zugefügt. Fast jeder dritte Euro, den das Land seit seiner Gründung im Jahre 1946 an Schulden aufgenommen

hat, wird von Roland Koch verantwortet. Dieser Ministerpräsident und seine Regierung haben Hessens Bürgerinnen und Bürgern mehr Schulden aufgelast als jeder seiner Vorgänger. Die CDU hat in den letzten fünf Jahren das Vermögen der hessischen Bürgerinnen und Bürger verschleudert und das gemeinsam Erarbeitete behandelt, als gehöre das Land ihr allein.

Mit uns GRÜNEN wird diese Selbstbedienungsmentalität sofort beendet.

Diese finanzielle Ausgangssituation haben wir bei der Erstellung dieses Programms berücksichtigt. Unsere Vorschläge sind durchkalkuliert und finanzierbar. Mit einer schonungslosen Bestandsaufnahme und einer Veränderung der Prioritäten werden wir die Prinzipien einer nachhaltigen Haushaltsführung durchsetzen.

Wir GRÜNE sind das politische Gegengewicht zu dieser Macht versessenen CDU-Landesregierung.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir unsere politischen Schwerpunkte Umwelt, Kinder und Bildung weiterentwickelt und die Landesregierung mit unseren Alternativkonzepten erheblich unter Druck gesetzt. Wir stützen uns auf eine breite kommunale Verankerung sowie unsere Erfahrungen aus Regierungsbeteiligungen in den Städten und Gemeinden, im Bund und im Land. Um unsere Vorstellungen für die Zukunft Hessens durchsetzen zu können, wollen wir in den nächsten fünf Jahren Verantwortung übernehmen.

Wir können das Land besser regieren.

Für den Zeitraum 2008 bis 2013 legen wir Ihnen ein Programm vor, das Hessen wieder nach vorne bringt, es auf die vor uns liegenden Herausforderungen vorbereitet und sich ihnen stellt. Unser Bundesland ist Teil Deutschlands, Teil Europas, Teil unseres Globus: Die weltweite Veränderung des Klimas wird auch an Hessen nicht spurlos vorüber gehen. Das Land kann aber aktiv zum Klimaschutz beitragen, statt achselzuckend zuzusehen. Ökologische und nachhaltige Politik ist Leitlinie unseres Denkens und Handelns, sie ist Voraussetzung für hohe Lebensqualität, für Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Freiheit. Statt den Ast, auf dem wir sitzen abzusägen, wollen wir unser schöpferisches Potenzial nutzen und schonender mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Unsere Abhängigkeit vom Öl müssen und können wir reduzieren, indem wir Alternativen entwickeln und die Effizienz unserer Energienutzung erhöhen.

Es gibt keinen sicheren Betrieb von Atomkraftwerken. Das beweist nicht zuletzt Biblis mit seinen ständigen Störfällen. Damit wollen wir so rasch wie möglich Schluss machen, deshalb gibt es mit uns GRÜNEN die konsequente Durchsetzung des Atomausstiegs. Nur mit uns in Regierungsverantwortung können Sie sich darauf wirklich verlassen. Wir wollen und dürfen unseren Kindern und Kindeskindern keinen Jahrtausende lang strahlenden Atom Müll hinterlassen. Wer aus ideologischen Gründen oder kurzfristigen Profitinteressen an der Atomenergie festhalten will, riskiert die Zukunft unserer Kinder. Im Übrigen wird die Atomkraft gar nicht gebraucht und auch der Rohstoff Uran ist endlich. Gerade in Hessen gibt es viele kreative Menschen und Unternehmen mit hervorragenden Ideen auf dem Energiesektor. Diese werden wir fördern und Hessen zum Vorreiter bei den Einspar- und Effizienztechnologien, erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien machen.

Wir werden die ländlichen Räume stärken, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher ausweiten und dafür sorgen, dass alle Zugang zu gesunden Lebensmitteln – wenn möglich aus der Region – haben. Die Gesundheit der Menschen hat für uns stets Vorrang vor reinen Profitinteressen. Gentechnik mit ihren unerforschten Risiken hat in Lebensmitteln nichts verloren: Wir wollen ein gentechnikfreies Hessen. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz sowie eine ökologisch orientierte Landwirtschaft gehen Hand in Hand, sorgen außerdem für eine positive ökonomische Entwicklung und für mehr Beschäftigung im ländlichen Raum.

Unsere Verkehrspolitik ist darauf ausgerichtet, die gewünschte Mobilität möglichst umweltverträglich zu gestalten. Als Standort der Automobilindustrie soll Hessen Vorreiter bei der Entwicklung kraftstoffsparender und schadstoffärmerer Fahrzeuge werden. Gleichzeitig wollen wir das Bahn- und Radfahren attraktiver machen. Auch in Hessen wird sich die Altersstruktur in den nächsten Jahrzehnten erheblich verändern. Diese Herausforderung können wir meistern, wenn wir uns frühzeitig wappnen und die darin liegenden Chancen erkennen und nutzen. Die Hessinnen und Hessen werden absehbar insgesamt weniger und älter, aber auch bunter und können ein Mehr an Lebensqualität gewinnen. Dafür werden wir GRÜNE arbeiten.

Die Politik der Konservativen während der vergangenen Jahre hat die soziale Spaltung des Landes vertieft. Unsere GRÜNEN Konzepte in der Bildungs- und Sozialpolitik werden dem entgegen wirken. Darüber hinaus braucht Hessen eine moderne Verwaltungsstruktur, die wir in Kooperation mit den Kommunen, den Beschäftigten des Landes und ihren Organisationen schaffen wollen. Wir stehen für mehr Demokratie, garantieren Bürger- und Minderheitenrechte und streiten für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus stoßen auf unseren entschiedenen Widerstand. Hessen ist seit der Erweiterung noch mehr in den Mittelpunkt der Europäischen Union gerückt. Dies ist eine Chance für unser Bundesland, wenn wir aktiv und offen die Chancen Europas und die Möglichkeiten des gemeinsamen Marktes ergreifen.

Zwölf Projekte aus unserem Gesamtprogramm sind uns besonders wichtig – wir heben sie hervor, um an ihnen beispielhaft zu zeigen, wie wir den Menschen in Hessen eine bessere Zukunft bieten können.

1. Die Energiewende: Hausgemacht in Hessen

Wir wollen zukünftig den Strombedarf in Hessen decken, ohne das Klima zu belasten.

Die Hessinnen und Hessen müssen die Möglichkeit erhalten, unabhängiger von den großen Energiekonzernen zu werden. Hessen hat das Potenzial, um in den nächsten 20 Jahren die Energieversorgung vollständig umzustellen und unabhängig von Importen von Kohle, Öl, Gas und Uran zu werden. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Hessinnen und Hessen selbst Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen produzieren. Die Atomreaktoren in Biblis ersetzen wir durch Einsparung, erneuerbare Energieerzeugung und Kraft-Wärme-Kopplung. Innovative kommunale Energieversorger können das Rückgrat dieser Strategie werden. Darüber hinaus schafft die Energiewende Tausende von Arbeitsplätzen sowohl durch Maßnahmen zur Energieeinsparung als auch die regenerative Energieerzeugung mit Wind- und Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie. Das Handwerk in Hessen bekommt einen grünen Boden, Landwirte werden auch Energiewirte, Bürgerinnen und Bürger sorgen für Energie und verdienen Geld damit: Hessen kann die Atomkraftwerke abschalten und gleichzeitig klimaschädliche Emissionen spürbar senken. Der Neubau von Kohlekraftwerken ist dafür weder jetzt noch später nötig und auch nicht sinnvoll.

2. Hessens Lebensmittel: Gentechnikfrei und aus der Region

Wir wollen, dass auch in Zukunft in Hessen garantiert gentechnikfreie Lebensmittel produziert und angeboten werden.

Wer will schon Gentechnik im Essen? Wir fördern eine bäuerliche und umweltgerechte Landwirtschaft und erschließen den Landwirtinnen und Landwirten neue Einnahmemöglichkeiten. Wir wollen die Ausweisung gentechnikfreier Regionen. So stellen wir sicher, dass auch zukünftig gentechnikfreie Lebensmittel in Hessen produziert und erworben werden können. Die einzigartige und abwechslungsreiche Kulturlandschaft Hessens sichern wir, indem wir aufbauend auf den Erfolgen der Biosphärenregion Rhön dafür sorgen, dass ein wachsender Anteil der Nahrungsmittel für Hessen auch aus Hessen stammt: Regional ist erste Wahl! Wir wollen mehr

landwirtschaftliche Produkte aus biologischem Anbau und werden deshalb alle Hindernisse aus dem Weg räumen, die die CDU deren Erzeugern in den Weg gelegt hat.

3. Wir wollen die Verkehrswende für Hessen

Wir wollen in Hessen die Mobilität wirksam verbessern und umweltfreundlicher machen.

Die Verkehrsverbünde RMV, NVV und VRN, die während GRÜNER Regierungsverantwortung gegründet wurden, sind eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs, den wir als Alternative zum Autoverkehr weiter stärken wollen. Wir werden die „Geld-zurück-Garantie“ bei Verspätungen auf ganz Hessen ausweiten. „Staufrei“ wird Hessen nicht durch Straßenbau, sondern durch ein modernes Nahverkehrsangebot. Der einseitigen Förderung des Straßenbaus bei gleichzeitiger Mittelkürzung für den ÖPNV werden wir ein Ende bereiten. Wir fördern den Umstieg auf sparsame und umweltfreundliche Fahrzeuge und fangen beispielhaft bei den landeseigenen Fahrzeugen an.

Alle landeseigenen Fahrzeuge werden mit Biokraftstoffen fahren. Den Umweltverbund aus Radfahren, Gehen sowie Bussen und Bahnen werden wir besser fördern. Mit einem Tempolimit von maximal 30 km/h vor Schulen und Kindertagesstätten und weiteren Maßnahmen wollen wir die Verkehrssicherheit erhöhen.

4. Menschen schützen – Flugverkehr in Hessen begrenzen

Wir wollen den weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt verhindern und die Fluglärmbelastung der Menschen in Hessen deutlich reduzieren.

Die geplante neue Landebahn am Frankfurter Flughafen senkt die Lebensqualität der gesamten Region. Wir wollen die herausragende wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens nachhaltig sichern, indem die Kooperation mit Flughäfen in unmittelbarer Umgebung – wie Köln-Bonn oder Hahn – gestärkt wird. Wir brauchen keine neue Landebahn, sondern ein echtes Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr auf dem gesamten Flughafen Frankfurt. Bei Reisen innerhalb Deutschlands und in angrenzende Gebiete im europäischen Ausland kann die Bahn einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Flugverkehr leisten.

Auch den in jeder Hinsicht unsinnigen Ausbau des Flughafens Kassel-Calden wollen wir verhindern.

5. Hessens Kinder fördern

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder in Hessen vom ersten Lebensjahr an durchsetzen und allen Kindern die gleichen Entwicklungschancen bieten.

Wir werden deshalb dafür sorgen, dass für jedes Kind in Hessen beste Bildungs-, Betreuungs-, und Erziehungsangebote zur Verfügung stehen. Wir machen Hessen zum ersten Bundesland, in dem es ein gutes, bedarfsgerechtes, und aufeinander abgestimmtes Angebot für alle Kinder bis zehn Jahre gibt.

Alle Eltern, die einen Betreuungsplatz für ihre Kinder wünschen, werden ihn bekommen; dies leistet der Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder bis zehn Jahre. Wir wollen die Erziehungsaufgabe von Müttern und Vätern erleichtern. Wir werden daher Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln, die Eltern bereits ab Beginn der Schwangerschaft unterstützen.



6. Beste Schulen in ganz Hessen

Wir wollen die Schulen in Hessen rasch verbessern und die „Neue Schule“ ermöglichen. Die Zukunft unserer Kinder muss uns etwas wert sein. Deshalb werden wir deutlich mehr in Bildung investieren. Mit einem Sofortprogramm Schule wollen wir unmittelbar nach einem Regierungswechsel 1.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen, den Schulen ein zusätzliches Budget von 50 Euro pro Schülerin bzw. Schüler und Jahr für die pädagogische Arbeit zur Verfügung stellen sowie die Schulen von Bürokratie und Gängelung entlasten.

Aufbauend auf dem Sofortprogramm werden wir die Voraussetzungen für mehr individuelle Förderung, längeres gemeinsames Lernen, echte Ganztagschulen, kleinere Klassen, eine bessere Verzahnung von Schule mit der Jugend- und Sozialarbeit und mehr Selbstbestimmung für die Schulen schaffen.

7. Gute Studienbedingungen in Hessen ohne Studiengebühren

Wir wollen, dass deutlich mehr junge Menschen in Hessen studieren und werden eine Qualitätsoffensive für bessere Studienbedingungen und eine bessere Lehre starten.

Die Möglichkeit zu studieren wird im GRÜN regierten Hessen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Studiengebühren lehnen wir ab, werden sie wieder abschaffen und den Hochschulen das Gebührenaufkommen aus dem Landeshaushalt ersetzen. Hessische Hochschulen sollen ihre Studierenden auf Grund ihrer Qualifikationen auswählen, denn wir wollen, dass in Hessen nicht nur die Reichen studieren können.

8. Das Zusammenleben in Hessen stärken

Wir wenden uns gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus. Wir wollen den Menschen, die nach Hessen eingewandert sind, verlässliche Chancen eröffnen.

Das alltägliche Zusammenleben muss geprägt sein von Respekt, Toleranz und Akzeptanz. Dazu ist es notwendig, dass unterschiedliche kulturelle und religiöse Hintergründe gegenseitig akzeptiert werden. Darüber hinaus müssen gleiche Chancen für Bildung und Ausbildung gewährleistet sein, die entscheidend für ein funktionierendes Zusammenleben sind. Wir wissen, dass das Potenzial der Einwanderinnen und Einwanderer zur Bereicherung beiträgt, dass Integration aber auch Anstrengung bedeutet. In den Familienzentren werden wir flächendeckend besondere Angebote für Einwandererfamilien schaffen.

9. Hessen modern organisieren

Wir wollen eine effiziente Verwaltung und mehr demokratische Mitwirkung in Hessen.

Unser Land braucht eine zeitgemäße und bürgernahe Verwaltungsstruktur, die Gesetze effektiv umsetzt und zum Bürokratieabbau beiträgt. Deshalb wollen wir die Gestaltungsspielräume der Städte und Gemeinden, verbunden mit einer Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs, erweitern. Wir wollen ihnen mehr Kompetenzen einräumen und die Landkreise und Regierungspräsidien in Regionalkreise mit direkt gewählten Parlamenten überführen. Wir verbessern die direkten Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern in der Politik: Volksbegehren und Volksentscheide im Land werden durch die Absenkung der Quoren und den Abbau bürokratischer Hürden deutlich erleichtert. Verfassungsänderungen durch Volksbegehren sollen künftig ermöglicht werden. Das Internet wollen wir nutzen, um die Politik bürgernäher zu gestalten.

10. Ein Mindestlohn für Hessen

Wir wollen faire Bedingungen für Beschäftigung in Hessen schaffen und uns in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern für regional- und branchenspezifische Mindestlöhne einsetzen. In Hessen soll es so künftig nicht mehr möglich sein, die Not arbeitssuchender Menschen auszunutzen. Denn das ist sowohl unfair gegenüber den Beschäftigten als auch gegenüber den Unternehmen, die gerechte Löhne zahlen.

11. Umwelttechnologie: Leitbranche für Hessen

Wir wollen, dass Hessen für Umwelttechnologie-Unternehmen beste Startchancen und optimale Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

In wenigen Jahren wird die Umwelttechnologie die deutsche Leitbranche sein. Unternehmen, die umweltfreundliche Lösungen zur Energieerzeugung und -speicherung entwickeln, in der Kreislaufwirtschaft engagiert sind oder nachhaltige Mobilität ermöglichen, werden wir durch besondere Programme der hessischen Wirtschaftsförderung unterstützen. Auch beim Einkauf der Landesbehörden und bei öffentlichen Bauten werden wir konsequent darauf achten, dass ausschließlich umweltfreundliche Produkte beschafft werden. Durch diese Schwerpunktsetzung wird Hessen seine Branchenvielfalt erhöhen und vom Umsatz- und Arbeitsplatzwachstum der Zukunftssparte Umwelttechnologie profitieren.

12. Hessen ans Breitband

Wir wollen, dass Hessen ein führender Standort der Informations- und Kommunikationswirtschaft wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass Teile des Landes vom Breitband abgekoppelt sind. Wir werden deshalb in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen, Kabelnetzbetreibern und Gemeinden allen Hessinnen und Hessen den Zugang zu einer schnellen und leistungsfähigen Internetverbindung ermöglichen.

Liebe Bürgerin,

lieber Bürger,

können wir Sie von unserem Angebot überzeugen? Haben Sie weitere Fragen? Sprechen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Hessischen Landtag, aber auch Ihre GRÜNEN vor Ort jederzeit an, falls Sie es etwas genauer wissen wollen. Gerne stehen wir Ihnen dafür zur Verfügung.

Hessen weitere fünf Jahre Roland Koch zu überlassen hieße weiterhin Überheblichkeit, soziale Schieflage und Skandale. Als Kraft der politischen und gesellschaftlichen Erneuerung möchten wir Sie für unsere Konzepte gewinnen. Kämpfen Sie mit uns für mehr Selbstbestimmung, mehr Gerechtigkeit, mehr Ökologie und mehr Demokratie. Denken Sie an morgen und geben Sie uns am 27. Januar 2008 Ihre Stimme.

MODERNE UMWELTPOLITIK MADE IN HESSEN

Hessen ist geprägt von einer reichen Natur und der Urbanität der Ballungsräume. Unser Land beherbergt eine einzigartige regionale Vielfalt, die es für seine Bewohnerinnen und Bewohner sowie seine stets willkommenen Gäste gleichermaßen attraktiv macht. Zahlreiche Naturschutzgebiete laden nicht nur zum Wandern und Verweilen ein, sondern sind auch Grundlage des Tourismus als einer wichtigen hessischen Wirtschaftsbranche. Die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe, die auf qualitativ hochwertige Produkte und ökologischen Landbau sowie deren regionale Vermarktung setzen, ist eng damit verknüpft. Umwelt schützen bedeutet aktiv zu sein für saubere Flüsse, sauberes Grundwasser, gesunde Wälder, saubere Luft und den Schutz der hessischen Böden vor Belastungen. Die natürlichen Grundlagen allen menschlichen Lebens gilt es zu erhalten.

Atomkraftwerke wie die Schrottreaktoren in Biblis setzen Mensch und Natur unnötigen Gefahren aus und hinterlassen unseren Nachkommen Unmengen radioaktiven Abfalls. Hessen verfügt über Alternativen: Es ist reich an Quellen erneuerbarer und umweltfreundlicher Energie, die bisher viel zu wenig genutzt werden. Statt auf die hochriskante und unberechenbare Atomkraft setzen wir auf den Ausbau einer regenerativen und dezentralen Energieversorgung bei reduziertem Verbrauch durch Energieeinsparung.

Ökologie und Ökonomie schließen einander nicht aus, sondern begünstigen sich. Inzwischen arbeiten bundesweit mehr als 1,5 Millionen Menschen im Umweltbereich. Die Grundlagen für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch mutige Unternehmerinnen und Unternehmer wurden von der Bundesregierung unter GRÜNER Beteiligung geschaffen. Das Potenzial dieser wachsenden Branche ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir werden für die Entstehung weiterer zukunftsorientierter Arbeitsplätze durch die Förderung und Anwendung neuer nachhaltiger Technologien sorgen.

Hessens Beitrag zum Klimaschutz

Die größte ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Zeit ist der von Menschen verursachte Klimawandel. Seine negativen Auswirkungen treffen Mensch und Natur überall auf der Erde – auch in Hessen. Extreme Wetterereignisse wie Stürme, Starkregenfälle, Hochwasser oder Dürren nehmen an Zahl und Intensität zu, die volkswirtschaftlichen Schäden steigen. Diesen Auswirkungen des Klimawandels müssen wir mit Schutz- und Anpassungsmaßnahmen wie einem besseren Hochwasserschutz sowie neuen Konzepten der Gesundheitsvorsorge begegnen. Um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken, muss der Ausstoß klimaschädlicher Gase schnell und drastisch verringert werden. Daher lehnen wir den Neubau von Kohlekraftwerken wie in Großkrotzenburg (Staudinger) oder durch die KMW AG bei Wiesbaden entschieden ab. Wir werden landespolitische Weichenstellungen vornehmen, um ihren Bau und Betrieb zu stoppen. Dazu setzen wir u.a. über das Landesplanungsrecht verbindliche Rahmenvorgaben für die Planungen und Maßnahmen von Kommunen, die für Art und Umfang des Energieeinsatzes und damit für die Umwelt- und Klimabelastung von Bedeutung sind. Mit diesen Vorgaben werden anspruchsvolle Mengenziele für die Senkung des Strom- und Wärmeverbrauchs, für den Einsatz erneuerbarer Energien, die Kraftwärmekopplung und für die Energierückgewinnung in einem klaren Zeitplan verankert.

Weder Atomkraft noch die noch nicht ausgereifte Kohlenstoffabscheidungsmethode sind eine Alternative zu einer wirklichen Energiewende.

Zukunftsenergie für Hessen: Wir ersparen uns Biblis

Sicherheit beim Betrieb von Atomanlagen gibt es nicht. Dies zeigen Katastrophen wie in Tschernobyl und die vielen hundert Störfälle der hessischen Reaktoren in Biblis. Es gibt keine sichere Endlagerung des noch Jahrtausende strahlenden Atommülls. Die Belastungen, die wir nachfolgenden Generationen damit aufbürden, sind unkalkulierbar. Deshalb werden wir den Atomausstieg in Hessen wie vereinbart umsetzen. Die hochriskanten Schrottreaktoren in Biblis werden endgültig stillgelegt. Nirgendwo wird deshalb das Licht ausgehen. Deutschland exportierte in 2006 mehr Strom, als Biblis A produzieren konnte.

Biblis kann uns allen erspart werden, wenn wir mehr Energie einsparen, sie effizienter nutzen und erneuerbare Energien fördern. Bei Neubauten wollen wir den Passivhausstandard, bei Sanierungen Drei- bis Sieben-Liter-Häuser zum Maßstab machen. Wir wollen eine Effizienzrevolution. Hessens Bürgerinnen und Bürgern werden wir ermöglichen, durch umweltschonende Heizsysteme, Antriebstechniken und Produktionsverfahren unabhängig von Erdöl und Atomkraft sowie den Strommonopolisten zu werden. Wir werden die vorhandenen Potenziale der Solar- und Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme endlich intensiver nutzen. Dank des während GRÜNER Regierungsbeteiligung im Bund verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist diese Branche ein Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Vielen mittelständischen Unternehmen, z.B. im Sanitär- und Elektrohandwerk, wurden neue Geschäftsfelder eröffnet. Diese Arbeitsplatzchancen gilt es auch in Hessen besser zu nutzen.

Grünes Land der blauen Dächer

Das solare Zeitalter hat begonnen: Auch auf Hessens Dächern schimmern blaue Sonnenkollektoren. Wir werden sowohl die Photovoltaik als auch die Solarthermie mit einem Aktionsprogramm stärken. Dazu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Dachflächen öffentlicher Gebäude, Lärmschutzwänden oder Parkplätzen als Freiflächen für die Solarstromerzeugung. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger durch Bürgersolaranlagen daran beteiligen. Öffentliche Gebäude sollen besser gedämmt werden und die Möglichkeiten des Energiecontractings müssen besser genutzt werden.

Wer sein Haus besonders umweltschonend baut, saniert oder entsprechend ressourcenschonend lebt, wird nach saarländischem Vorbild mit der „Grünen Hausnummer“ ausgezeichnet.

Wind ernten, Wasser nutzen, Erdwärme anzapfen

Die Windenergie ist die auf absehbare Zeit erfolgreichste erneuerbare Energieform, sie kann bereits heute zu wettbewerbsfähigen Preisen erzeugt werden. Wir wollen bestehende Anlagen ausbauen (Re-Powering) und – wo es mit dem Naturschutz vereinbar ist – weitere Flächen ausweisen. Hessen ist dank der Blockadepolitik der großen Parteien bei der Windenergie inzwischen auf dem letzten Platz der Bundesländer. Die Stromerzeugung durch Wasserkraft in Hessen lässt sich durch Modernisierungsmaßnahmen steigern. Dabei kann gleichzeitig die Qualität der Gewässer verbessert werden. Strom und Wärme können aus Erdwärme (Geothermie) gewonnen werden, für deren Nutzung wir Anreize schaffen werden.

Biomasse – Energie vom Acker nebenan

Hessen ist ein grünes Land! Die gespeicherte Sonnenenergie der Biomasse birgt hohes Potenzial. Diese großen Potenziale der Biomasse in Hessen wollen wir vorrangig für die dezentrale Erzeugung von Wärme und Strom nutzen. Neue Technologien, wie z.B. die Herstellung synthetischer Energieträger aus Biomasse, sollen dazu getestet werden. Durch die Einspeisung des Biogases kann eine optimale Koppelung von Strom- und Wärme-Produktion erreicht werden.

Neben der landwirtschaftlichen Produktion von Biomasse wollen wir die Holzreserven nachhaltig und Reststoffe wie den Biomüll energetisch nutzen. Wir unterstützen energetische Biomassennutzungen insbesondere, wenn sie hohe Umwelt- und Sozialstandards erfüllen. Beim Anbau von Energiepflanzen ist darauf zu achten, dass es nicht zu Monokulturen und Verdrängung von Anpflanzungen, die zur Lebensmittelerzeugung gebraucht werden, kommt. Auch beim Anbau von Energiepflanzen darf keine Gentechnik eingesetzt werden. Wir fördern den Ausbau dezentraler Biomassekraftwerke, die ihre Energie unter anderem aus Reststoffen aus Land- und Forstwirtschaft beziehen.

Initiativen wie Energie-Selbstversorgungskommunen, Bürgerkraftwerke oder Nahwärmenetze werden wir organisatorisch und finanziell unterstützen.

Natur und Umwelt schützen

Die Natur schützt nur, wer ihren Wert kennt und sie zu schätzen weiß. Deshalb werben wir für konkreten anschaulichen Unterricht auch außerhalb der Klassenzimmer. Wir werden die Umweltbildung in Hessens Schulen und Kindergärten stärken und einen Ideenwettbewerb der Schulen ausrufen. Schulgebäude sollen Vorbilder in Sachen ökologische Baustoffe, Energieeinsparung und solare Dachnutzung werden.

Streuobstwiesen, Alleen und die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt müssen auch für unsere Kinder und Kindes- kinder erhalten werden. Hessen braucht wieder ein Naturschutzgesetz, das seinen Namen verdient. Statt des völlig unzureichenden ausschließlich freiwilligen Eintretens für den Naturschutz, wie es die Landesregierung will, bedarf es konkreter Regelungen zum Schutz von Natur und Landschaft. Wir werden ein Biotopverbundsystem von mindestens 15 Prozent der Landesfläche schaffen und die von der CDU abgeschafften Landschaftsschutz- gebiete wieder einführen. Die derzeitigen hessischen Schutzgebiete sichern das Überleben vieler Arten auf Dauer nicht, da sie zu klein und häufig von menschlichen Nutzungsansprüchen überlagert sind; die Klimaverän- derungen verschärfen das Problem.

Mit Wasser verantwortlich umgehen

Ohne Wasser kein Leben. Der Schutz von Grundwasser und Gewässern ist deshalb elementare Voraussetzung für eine umweltgerechte Entwicklung und ein nachhaltiges Wirtschaften. Wir wollen vorbeugenden Hoch- wasserschutz. Dazu werden wir natürliche Wasserkreisläufe wiederherstellen, Überflutungsräume zurück- gewinnen, Fließgewässer renaturieren und Böden entsiegeln.

Mit der Wiedereinführung einer Gewässerschutzabgabe als marktwirtschaftlichem Lenkungsinstrument und den in der Regierungszeit von GRÜN-rot geförderten Wassersparprogrammen wollen wir den Wasserverbrauch weiter drosseln und gleichzeitig verschiedene ökologische Programme finanzieren – von Klimaschutz- und Energiesparprogrammen über Bodenentsiegelungsmaßnahmen bis hin zum Kulturlandschaftsprogramm. Auf diese Weise werden wir auch zahlreiche Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen erhalten bzw. neu schaffen helfen.

Natur erlebbar machen

Sanfter Tourismus macht Natur nicht nur erlebbar, er trägt auch dazu bei, Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Durch konsequenten Natur- und Umweltschutz stärken wir diese Branche vor allem in ländlichen Gebieten. Aber auch in Ballungsräumen schafft der Naturschutz Verbesserungen, weshalb wir die konsequente Weiterentwicklung des Naturerlebnisgebietes Rhein-Main fördern werden. Wir befürworten eine Umwelt- lotterie, deren Erträge für den Naturschutz eingesetzt werden.

Nachhaltige Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik genießen Priorität. Dazu gehören der sparsame Umgang mit Flächen, eine behutsame Nachverdichtung und das Bewahren innerstädtischer Naturräume genau so wie der Schutz regionaler Grünzüge, Landschafts- und Naturparks. Gewässerufer wollen wir für städtisches Leben öffnen. Der weiteren Zersiedelung, insbesondere durch großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese, widersetzen wir uns.

Hessens Wälder erhalten und schonend bewirtschaften

Hessen ist ein sehr waldreiches Bundesland. Wir wollen unsere Wälder durch nachhaltige Waldbewirtschaftung gesund, naturnah und strukturreich erhalten und schützen. Den Staatswald wollen wir nach den strengen Krite- rien des Forest Stewardship Council (FSC) zertifizieren.

Gerade Wälder in städtischen Gebieten erfüllen vielfältige Funktionen. Sie absorbieren schädliche Emissionen und dienen der Erholung. Deshalb werden wir die bestehenden Bannwälder und die bedrohten Wälder im Ballungsraum Rhein-Main besonders schützen und für das Rhein-Main-Gebiet ein Walderhaltungsprogramm auflegen. Die Aufweichung der Bannwaldverordnung werden wir zurücknehmen.

Der hohe Waldanteil Hessens ermöglicht – entsprechend ökologischer und nachhaltiger Kriterien – eine stärkere energetische Nutzung. Wir werden den Landesbetrieb Hessen-Forst in die Lage versetzen, den Wald naturnah und nachhaltig als Energielieferanten zu bewirtschaften. Die Forstwirtschaft ist in vielen ländlichen Regionen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, die nachhaltige Nutzung der Wälder stärkt den ländlichen Raum.

Gesunde Umwelt

Eine gestörte Umwelt macht krank: Feinstaub, Lärm, Ozon und Elektrosmog belasten auch uns Hessinnen und Hessen gesundheitlich massiv. Wir werden dafür sorgen, dass Belastungen frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Durch eine leistungsfähige Umweltverwaltung sowie Human- und Biomonitoring wollen wir dazu beitragen, Belastungen frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um besonders gefährdete Personen und insbesondere unsere Kinder vor gesundheitsschädlichen Einflüssen zu schützen. Durch wirkungsvolle Aktions- und Luftreinhaltepläne werden wir die Bevölkerung von Feinstaub, Stickoxiden und anderen Abgasen entlasten. Schutzmaßnahmen, Rußfilter bei Dieselfahrzeugen, Nachtflugverbote, konsequenter Nichtraucherenschutz und die Reduzierung der Strahlung, beispielsweise von Mobilfunkanlagen, bewahren vor Gesundheitsgefahren. Wir setzen auf schadstofffreie und schadstoffarme Produkte und Produktionsverfahren, die die Vermeidung von Abfall verbessern. Wir wenden uns entschieden gegen die zusätzliche Belastung der Werra durch die Einleitung salzhaltiger Abwässer.

Tiere schützen

Tiere sind keine Sachen. Sie sind Lebewesen und als solche zu respektieren. Nach wie vor nimmt in manchen Forschungszweigen die Zahl der tödlichen Tierversuche zu. Wir werden alternative Methoden in Industrie, Forschung und Lehre fördern, die den Einsatz von Tierversuchen überflüssig machen. Wir werden die Haltungsbedingungen landwirtschaftlicher Nutztiere deutlich verbessern, indem wir artgerechte Haltungsverfahren fördern und Tiertransporte verkürzen. Durch verschärfte Kontrollen der Transportbedingungen, der Schlachthöfe und der Tierhaltung werden wir dem Nachdruck verleihen.

Die Bevölkerung wird durch rasseabhängige Maßnahmen nicht wirksam vor gefährlichen Hunden geschützt. Wir wollen, dass die Gefährlichkeit von Hunden nach wissenschaftlich anerkannten Kriterien beurteilt wird. Wir werden das Jagdgesetz ändern, damit in Hessen nicht länger Hunde und Katzen in der freien Natur erschossen werden können. Um ehemals in Hessen heimischen Tierarten wieder einen Lebensraum zu bieten, werden wir ein Netz von Wildbrücken schaffen, die die landschaftszerschneidende Wirkung von Verkehrswegen mindern. Die Renaturierung von Fließgewässern werden wir fördern.

Europäische Programme sinnvoll nutzen

Wir wollen, dass die europäischen Programme für die regionale Förderung der ökologischen Landwirtschaft gezielt zur Förderung der ländlichen Räume und zum Schutz der Natur eingesetzt werden. Wir wenden uns gegen eine Aufweichung der europäischen FFH-Richtlinien.

Leitbild gesunde und umweltschonende Landwirtschaft

Regionale Lebensmittel sind erste Wahl. Der ökologische Landbau ist als umweltschonendste Produktionsweise unser Leitbild. Diesen wollen wir zunächst auf ein Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausdehnen. Der Handel mit ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln erzielt hohe jährliche Wachstumsraten, sichert und schafft neue Arbeitsplätze. Unsere hessischen Erzeugerinnen und Erzeuger sollen an dieser Entwicklung stärker teilhaben. Dazu werden wir ökologisch wirtschaftende und vor allem umstellungswillige Betriebe stärker fördern sowie die Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte unterstützen. Wir wollen, dass gesundes und regional produziertes Essen in allen Mensen, Kindergärten und Schulen angeboten wird.

Gentechnikfreie Landwirtschaft in Hessen

Unsere Agrarpolitik dient dem Ziel, gesunde und hochwertige Nahrungsmittel regional zu produzieren. Die gentechnikfreie Produktion von Lebensmitteln ist ein Standortvorteil der hessischen Landwirtschaft, da 80% der Bevölkerung gentechnisch produzierte Nahrungsmittel ablehnen. Der Einsatz von Gentechnik in der Land-, Forst- und Energiewirtschaft birgt unkalkulierbare Risiken für Mensch und Umwelt. Gentechnik ist auch im Sinne der Nachhaltigkeit ethisch nicht vertretbar. Durch das Auskreuzungsrisiko von Gen-Pflanzen in der Nachbarschaft wird die Produktion und Vermarktung gentechnikfreier Produkte unmöglich. Deshalb schließen wir den Einsatz der Agro-Gentechnik in Hessen aus und wenden uns gegen jede Verwässerung des rot-GRÜNEN Gentechnikgesetzes.

Neben der bereits bestehenden Kennzeichnungspflicht von Gentechnik in Lebensmitteln wollen wir eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf tierische Lebensmittel. Uns allen muss es möglich sein zu erkennen, ob Eier, Milch oder Fleisch mit Hilfe gentechnisch veränderter Futtermittel produziert wurden. Die hessischen Äcker sind kein Großlabor für Experimente mit unumkehrbaren Folgen: Wir wollen die gentechnikfreie Landwirtschaft in Hessen!

Hessens Verbraucherinnen und Verbraucher schützen

Zahlreiche Lebensmittelskandale zeigen, dass es in Hessen erhebliche Defizite gibt. Die Kommunalisierung der Lebensmittelüberwachung hat vorhandene Strukturen zerschlagen und die Koordinationsfähigkeit der zuständigen Behörden reduziert. Wir werden das Kontrollsystem der Lebensmittelüberwachung transparenter machen und dafür sorgen, dass die Namen schwarzer Schafe der Lebensmittelbranche veröffentlicht werden können.

Nachhaltige Mobilität für Hessen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen Hessen zu einer Modellregion für nachhaltige Mobilität machen. Wir wollen unter Beweis stellen, dass das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft so gestaltet werden kann, dass die negativen Folgen für Mensch und Umwelt minimiert, die wirtschaftliche Entwicklung gesichert und eine Teilhabe unabhängig vom sozialen Status und dem finanziellen Hintergrund ermöglicht werden.

Der Verkehr trägt mit 37% zum CO₂-Ausstoß in Hessen bei. Wir brauchen eine Verkehrswende, die Mobilität sichert und die Belastung der Bevölkerung und der Umwelt durch Lärm, Abgase und sonstige Verkehrsbegleiterscheinungen spürbar reduziert. Durch die vielfach unmittelbare Nachbarschaft großer Verkehrswege zu Wohngebieten, Arbeitsstätten, Krankenhäusern, Freizeiteinrichtungen und anderen empfindlichen Nutzungen ist ein großer Teil der Hessinnen und Hessen jeden Tag insbesondere durch Lärm, Abgase und Stau negativ von den Auswirkungen des Verkehrs betroffen. Ohne ein Umsteuern in der Verkehrspolitik wird sich der Klimawandel nicht stoppen lassen und Mobilität die Lebensqualität von Menschen immer stärker beeinträchtigen. Unser Ziel ist es, die CO₂-Emissionen des Verkehrsbereichs bis 2020 um 30 Prozent zu senken. Dies kann nur mit konkreten Maßnahmen erreicht werden, die den notwendigen Verkehr umweltverträglicher gestalten. Wir werden bundespolitische Maßnahmen wie ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 30 km/h in Städten und Gemeinden, CO₂-Grenzwerte für Autos von 120g/km, und die Umwandlung der Kfz- in eine CO₂-Steuer unterstützen. Wir wollen, dass die LKW-Maut erhöht, auf Bundesstraßen ausgedehnt und bereits auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen erhoben wird. Mautausweichverkehr wollen wir wirksam unterbinden. In originärer Landes- bzw. kommunaler Verantwortung stehen wir für die Förderung eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), die Förderung des Rad- und Fußverkehrs und somit der Umstieg auf umweltverträglichere Verkehrsmittel. Darüber hinaus ist aber auch die Raumplanung zukünftig auf das Vermeiden unnötiger Wege auszurichten.

Umweltverbund: Zu Fuß gehen, Radfahren, Auto, Busse und Bahnen besser vernetzen

Nachhaltige Mobilität bedeutet für uns die intelligente Kombination und das sinnvolle Miteinander aller Arten von Mobilität, sei es per Bus, Bahn, Auto, zu Fuß oder mit dem Rad. Bei der Planung von Verkehrsprojekten sind

die Übergänge zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln besser zu berücksichtigen, beispielsweise durch sichere und wettergeschützte Fahrradabstellplätze an Bahnhöfen. Die Ausweitung des Carsharings werden wir fördern.

Busse und Bahnen: mehr, besser, preiswerter, barrierefrei

Wir wollen das Angebot an Bussen und Bahnen sowohl in den Ballungsräumen als auch in der Fläche deutlich ausbauen. Dem Erhalt und der Erweiterung der Schienenverbindung als Rückgrat eines leistungsfähigen ÖPNVs kommt dabei auch in der Fläche (z.B. durch den weiteren Ausbau der RegioTram) eine besondere Bedeutung zu. In ländlichen Gebieten wollen wir durch flexible Instrumente wie Rufbusse und Anrufsammeltaxis ein attraktives Angebot erhalten bzw. schaffen. Wir wollen das ÖPNV-Angebot nachts und am Wochenende schrittweise ausbauen. Bereits existierende lokale Nachtverkehre müssen durch regionale Angebote vernetzt und erweitert werden.

Kundenfreundlichkeit gehört für uns zu einem leistungsfähigen ÖPNV. Wir wollen die Pünktlichkeitsgarantie des Nordhessischen Verkehrsverbunds auf ganz Hessen ausdehnen und in einer Kundencharta Nahverkehr verbindliche Verbraucherrechte verankern. Dazu gehört eine bessere und barrierefreie Information der Reisenden an den Haltestellen oder vor Fahrtbeginn durch Mitteilungen über Verspätungen per E-Mail und SMS.

Wir wollen durch eine spürbare Senkung der Fahrpreise mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen bewegen. Wir halten eine Senkung der Fahrpreise um 20 Prozent an Werktagen und um 50 Prozent am Wochenende oder ein kostengünstiges Bürgerticket für erforderlich, um den zum Stopp des Klimawandels notwendigen Umstieg auf den ÖPNV zu erreichen. Die dafür nötigen Mittel werden sich nicht aus dem bestehenden Verkehrshaushalt erwirtschaften lassen. Wir werden daher neue Finanzierungsinstrumente prüfen. Für Schülerinnen und Schüler werden wir analog zum Semesterticket für Studierende ein Schülerticket einführen, mit dem alle öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Hessen an 365 Tagen im Jahr zu einem sehr viel günstigeren Preis als bislang genutzt werden können. Dies soll durch Informationen zu ökologischer Mobilität flankiert werden, dazu gehört auch eine bessere Umwelterziehung mit Schwerpunkt auf ökologischer Mobilitätskunde in den Schulen.

Wir werden nicht barrierefreie Zu- und Übergänge zum ÖPNV schrittweise beseitigen. Eine Behinderung darf keinen Ausschluss vom alltäglichen Leben bedeuten.

Fuß- und Radverkehr: schneller, sicherer, bequemer.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Fahrradfahrer und Fußgänger grundlegend verbessern. Von fehlenden oder schlecht ausgebauten Geh- und Radwegen über nicht barrierefrei abgesenkte Bordsteine und fehlende Radabstellanlagen bis hin zur massiven Fehlnutzung von Geh- und Radwegen als Parkplatz besteht hier auf kommunaler und überörtlicher Ebene noch großer Handlungsbedarf.

Mit einem Maßnahmenpaket werden wir die Förderung des Radverkehrs im Alltags- und Freizeitverkehr bündeln und u.a. folgende Maßnahmen auf den Weg bringen: Schaffung eines landesweiten Radwegenetzes aufbauend auf den vorhandenen Radfernwegen; Ausbau der Infrastruktur, beispielsweise durch bessere Beschilderung und mehr Fahrradabstellplätze; Einrichtung einer „Servicestelle Radverkehr“, um die Aktivitäten von Land, Kreisen und Kommunen besser zu koordinieren; landesweite Kampagne zur Förderung des Radverkehrs.

Straßenverkehr in Hessen: Belastungen reduzieren, sicherer und umweltverträglich gestalten

Häufig steht der Bau neuer Straßen in direktem Widerspruch zu den Interessen der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner, den vorhandenen wirtschaftlichen Stärken von Regionen und den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes. Wir werden den Straßenbau daher auf das notwendige Maß beschränken. Priorität hat die Sanierung und damit der Erhalt bestehender Straßen. Mit wirkungsvollen Aktions- und Luftreinhalteplänen werden wir die Bevölkerung von Feinstaub, Stickoxiden und anderen Abgasen entlasten. Instrumente hierfür können Umweltzonen oder die City-Maut sein. Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen, wir werden den

Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge und in der Gesamtbilanz umweltfreundlicher Treibstoffe fördern. Straßenverkehr in Hessen reduzieren heißt für uns eine Verkehrsplanung, die sich an den vorhandenen Strukturen (Infrastruktur, Siedlungszentren) orientiert, die vorhandene Verkehrsprobleme löst (z.B. Ortsdurchfahrten) und neue Betroffenheiten und Beeinträchtigungen in Siedlungsstrukturen vermeidet, die regionale landschaftliche Qualitäten bewahrt, den landschaftlichen Eingriff minimiert, auf Transitverkehr verzichtet und die Bahn stärkt. Der geplante Weiterbau sowohl der A44 als auch der A49 erfüllt diese Prämissen nicht und wird deshalb von uns abgelehnt.

Wir werden uns für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit einsetzen. Dazu gehört beispielsweise ein generelles Tempolimit von maximal 30 km/h vor Schulen und Kindertagesstätten. Im Bundesrat werden wir uns für ein generelles Überholverbot für Lkw auf zweispurigen Autobahnen einsetzen. Wir orientieren uns an der „Vision Zero“, deren Ziel es ist, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren.

Belastung durch Flugverkehr reduzieren

Der Flugverkehr gehört zu den größten Klimakillern. Er hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen und gilt trotz einiger Turbulenzen weiterhin als Wachstumsbranche. Internationale Wirtschaftsbeziehungen fördern ebenso wie der Tourismus die Nachfrage nach Fernreisen. Wir wollen Alternativen zum Flugzeug wie das Hochgeschwindigkeitsnetz der Eisenbahnen innerhalb Europas stärken, um die Belastungen durch den Flugverkehr für Mensch und Umwelt möglichst zu minimieren. Für Flugreisen im Auftrag des Landes Hessen wird eine Klimaschutzabgabe abgeführt. Wir werden uns für die Besteuerung von Flugbenzin einsetzen. Angesichts des zunehmend engen Luftraums und immer schärferer Sicherheitsvorkehrungen ist der schnelle Schienenverkehr nicht nur eine umweltfreundliche, sondern auch eine attraktive Alternative zu vielen Flügen.

Kein weiterer Ausbau des Flughafens Frankfurt

Der Flughafen Frankfurt hat für die wirtschaftliche Entwicklung über das Rhein-Main-Gebiet hinaus hohe Bedeutung. Diese ist jedoch für die Zukunft nur zu sichern, wenn nicht immer weiter auf größtmögliche Expansion und damit wachsende Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Region und der Umwelt gesetzt wird. Es nützt nichts, wenn zwar immer mehr Flugzeuge starten und landen, die Menschen aber aufgrund der Belastungen nicht mehr hier leben wollen. Die Funktionsfähigkeit des Flughafens wird am besten durch Kooperationen mit anderen bestehenden Flughäfen – z.B. in Köln-Bonn oder Hahn im Hunsrück – in Form einer sinnvollen Vernetzung und durch die Organisation als Flughafensystem gestärkt. Köln-Bonn ist schon jetzt mit dem ICE in weniger als einer Stunde direkt erreichbar. So können bestehende Arbeitsplätze nachhaltig gesichert und neue geschaffen werden.

Die Pläne der Fraport AG, die die CDU-Landesregierung in Form der Nordwestbahn noch vor der Landtagswahl mit der Planfeststellung besiegeln will, zerstören weite Bereiche in der Umgebung des Flughafens als Lebensraum. Mehr als 300 Hektar Waldfläche sollen vernichtet und bestehende wie geplante Wohngebiete durch Fluglärm nicht mehr oder nur noch eingeschränkt nutzbar sein. Die Landesregierung hat durch die erzwungene und teuer erkaufte Schließung des Kelsterbacher Chemiewerks Ticona bereits Arbeitsplätze in erheblicher Zahl aufs Spiel gesetzt. Die Region darf nicht zu einem öden Flughafenumfeld verkommen. Wir lehnen deshalb den Bau einer weiteren Landebahn mit aller Entschiedenheit ab und werden in unserer Haltung dadurch weiter bestärkt, dass der geplante Bruch des Nachtflugverbots durch Rechenricks verschleiert werden soll.

Die Nachtruhe der Menschen schützen

Die bisher am Flughafen Frankfurt bestehenden Nachtflugbeschränkungen sind für einen effektiven Schutz der Nachtruhe der Menschen völlig unzureichend. Wir wollen deshalb ein konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr.

Millionengrab Kassel-Calden verhindern

Es gibt keinen Bedarf für den von der Landesregierung geplanten Flughafen Kassel-Calden. Mit Paderborn, Hannover, Erfurt und auch Frankfurt ist Nordhessen bereits heute von Flughäfen umzingelt. Das Prestigeprojekt Kassel-Calden ist eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern. Wir werden die 150 Millionen Euro weit sinnvoller zur Strukturentwicklung einsetzen und somit auch dauerhaft Arbeitsplätze in Nordhessen schaffen.

BESSER LEBEN MIT KINDERN IN HESSEN

Kinder in den Mittelpunkt!

Kinderpolitik machen wir aus der Sicht der Kinder. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten von Geburt an. Sie haben ein Recht auf Zuwendung, Rücksicht und darauf, dass ihnen zugehört und sie an Entscheidungen beteiligt werden. Sie haben ein Recht auf Bildung, individuelle Unterstützung und Förderung. Wir wollen die Talente aller Mädchen und Jungen fördern. Kinder brauchen nicht nur Familie, sondern eine ganze Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung Kindern gegenüber bewusst ist. Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Wir werden in Kinder investieren, ohne ihnen Schulden zu hinterlassen.

Für uns ist es selbstverständlich, Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder zu fördern. Wir stellen uns dieser Verantwortung und werden die strukturellen Bedingungen für Kinder und Familien verbessern. Familie ist, wo Kinder sind: In einer Familie übernehmen Menschen unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen und egal, ob hetero- oder homosexuell, füreinander Verantwortung. Aber auch Wahlfamilien und freundschaftliche Netzwerke werden wichtiger. Darüber hinaus gewinnen Wohngemeinschaften und Wohnprojekte an Bedeutung. Diese neuen sozialen Lebensgemeinschaften können sowohl Ein- als auch Mehrgenerationenprojekte sein. Wir setzen endlich eine Familienpolitik durch, die kinderfreundliche Strukturen schafft und so Frauen und Männer zur Entscheidung für Kinder ermutigt.



Gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an

Kindgerechte Bildung und eine anregende Umgebung fördern die motorische, musische, kognitive, emotionale und soziale Entwicklung von Kindern. Betreuungseinrichtungen sollen jedes Kind fördern und Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen, Unternehmen, gemeinnützigen Trägern und Elterninitiativen ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot für alle Kinder in Hessen schaffen. Kinder und Eltern haben ein Recht auf freie Wahl der Angebote – egal ob in Krippen, Krabbelstuben, bei Tagesmüttern bzw. -vätern oder in Kindergärten. Die Einrichtungen sollen eingebettet in nachbarschaftliche Strukturen Teil des Gemeinwesens sein.

Jungen und Mädchen brauchen männliche und weibliche Vorbilder, deshalb wollen wir mehr Erzieher in der Kinderbetreuung. Die Genderkompetenz der Erzieherinnen und Erzieher werden wir gezielt fördern. Kinder, die aufgrund ihrer Lebenssituation spezifischer Förderung bedürfen, genießen unsere besondere Aufmerksamkeit. Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen gemeinsam aufwachsen und voneinander lernen. Einrichtungen mit einem solchen Angebot werden wir gezielt unterstützen.



Je früher Kinder gefördert werden, desto größer sind ihre Chancen die Fähigkeiten auszubilden, die sie benötigen, um sich in unserer komplexen Welt zu Recht zu finden. Deshalb werden wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr schaffen. Auf der Grundlage des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans werden wir landesweite Qualitätskriterien entwickeln und für ihre Umsetzung sorgen.

Die Beseitigung der aktuellen Mangelsituation bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität und der Verlässlichkeit der Angebote hat für uns Priorität. Grundsätzlich sprechen wir uns für die Kostenfreiheit aller Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote aus, um Kindern unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihres

Elternhauses gute Lern- und Bildungschancen zu ermöglichen. Allerdings hat die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Betreuung – also die Schaffung zusätzlicher Plätze – Vorrang vor der Ausdehnung der Kostenfreiheit.

Bildung, Betreuung und Erziehung aus einem Guss für Kinder von null bis zehn Jahren

Wir wollen Kindergärten zu Bildungsgärten weiterentwickeln. Frühkindliche Bildung heißt gerade nicht Verschulung, sondern Förderung sozialer Kompetenz und Schaffung altersgerechter Bildungsprozesse und Entwicklungs(frei)räume. Die Verschulung des letzten Kindergartenjahres lehnen wir ab. Kindergarten und Grundschule müssen besser zusammenarbeiten und den Übergang für jedes Kind optimal gestalten. Um dies zu erreichen, werden wir schrittweise flexible Eingangsstufen an allen Grundschulen einführen.

Die ersten Lebensjahre sind für den Bildungserfolg von Kindern enorm wichtig. Wir werden Hessen deshalb zum ersten Bundesland mit einem Bildungs-, Betreuungs-, und Erziehungsangebot für alle Null- bis Zehnjährigen aus einem Guss machen. Eltern können sich darauf verlassen, dass es ein bedarfsgerechtes, aufeinander abgestimmtes und qualitativ hochwertiges Angebot mit individueller Förderung für alle Kinder gibt. Statt einer Förderung aus unterschiedlichen Töpfen und zersplitterten Zuständigkeiten setzen wir auf eine qualitative Steuerung, die sich am jeweiligen Bedarf vor Ort orientiert und die gesamte Bildungs- und Betreuungssituation im Blick hat. Wir werden die Landesmittel für Kinderbetreuung und Ganztagsangebote an Grundschulen zu einem einzigen Landesprogramm zusammenfassen, die administrative Zersplitterung überwinden und das Finanzvolumen für Personal und Qualifikation aufstocken.

Für diese Entwicklung ist die kontinuierliche Fortbildung des pädagogischen Personals in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen zentral. Das Amt für Lehrerfortbildung und das Institut für Qualitätsentwicklung sollen dazu ein landesweites Fortbildungsangebot entwickeln. Wir werden ein Sofortprogramm „Mehr Erzieherinnen und Erzieher“ umsetzen, um ausreichend qualifiziertes Personal für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auszubilden. Als mittelfristiges Ziel wollen wir Erzieherinnen und Erzieher auf Fachhochschulniveau ausbilden und besser bezahlen, um in Hessen Erziehung und Bildung in der Kinderbetreuung entsprechend dem europäischen Standard zu etablieren. Das schließt die Weiterqualifizierung der Familientagesbetreuung mit ein.

Kompetente Eltern – Kindeswohl stärken

Wir wollen die Kompetenz von Eltern stärken. Dazu werden wir ein Programm für ein flächendeckendes Netzwerk auflegen. Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln, in denen Angebote der Erziehungs- und Familienberatung, der Selbsthilfe, der Sprach- und der Gesundheitsförderung vernetzt werden. Familienzentren sollen zu wohnortnahen Treffpunkten für alle Kinder und ihre Familien werden. Niedrigschwellige miteinander vernetzte Beratungs- und Hilfsangebote werden Eltern von der Schwangerschaft an begleiten und ihnen Strategien und praktische Hilfen im Familien- und Erziehungsalltag anbieten. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter. Dazu müssen tradierte Rollenbilder überwunden, die Erziehungskompetenz gerade auch von Vätern gestärkt und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle gefördert werden. Durch eine „Kindergarteneingangsuntersuchung“ im dritten Lebensjahr wollen wir Begabungen und Defizite von Kindern frühzeitig erkennen und Eltern geeignete Fördermöglichkeiten empfehlen können. Die Vernetzung von Kinderärztinnen und -ärzten mit den kommunal verantwortlichen Stellen – vor allem den Jugend- und Gesundheitsämtern – soll Kinder wirksamer vor Vernachlässigung und Misshandlung schützen. Wir wollen, dass alle Kinder gesund aufwachsen. Gesundheitsfördernde Verhaltensweisen können bei Kindern noch entscheidend beeinflusst werden. Die Stärkung ihrer Persönlichkeit, ausreichende Bewegung und gesunde Ernährung sind für die Gesundheit von Kindern besonders wichtig. Mahlzeiten an Schulen und Kindertagesstätten sollen aus regionaler und nach Möglichkeit ökologischer Produktion kommen. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass jedes Kind mindestens eine Mahlzeit sowie frisches Obst und Gemüse erhält. Es kann nicht sein, dass Eltern ihre Kinder aus finanziellen Gründen nicht zur Teilnahme am Mittagessen anmelden können.



Alle Kinder haben ein Recht auf gleiche Chancen

Wo und wie ein Kind aufwächst, ist entscheidend für seine Zukunft. Kinder aus benachteiligten Familien haben geringere Chancen, sich gut zu entwickeln. Diese strukturellen Benachteiligungen werden wir abbauen und allen Kindern – unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft – gleiche Lern- und Lebenschancen eröffnen. Wir statten die Sprachkurse in Kindergärten finanziell besser aus und beginnen sie früher. Allen Kindern mit Sprachproblemen oder anderen Entwicklungsverzögerungen wird der Kindergartenbesuch ab dem ersten Kindergartenjahr empfohlen. Wir werden eine Armutsberichterstattung etablieren, die die Lebenslagen von Kindern und Familien besonders berücksichtigt und die nötigen Handlungsoptionen für eine gerechte Familienpolitik aufzeigt.

Um allen Kindern, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, den Zugang zu Freizeit- und Kulturangeboten zu ermöglichen, werden wir die Möglichkeiten der Ganztagsangebote nutzen und darüber hinaus gezielt Kinder aus benachteiligten Familien fördern. Alle Kinder werden altersgerecht über bestehende Angebote informiert und zur Teilnahme motiviert. Jedes Kind erhält die Möglichkeit, verschiedene Angebote (z. B. Musikschulen, Sportvereine, Büchereien, Museen oder auch Nachhilfe) wahrzunehmen. Vereine und Einrichtungen, die eine Förderung erhalten wollen, müssen pädagogische Konzepte vorweisen und mit Ganztagsangeboten kooperieren. Das Land setzt damit einen ausbaufähigen Impuls für eine stärker auf Kinder ausgerichtete soziale und kulturelle Infrastruktur.

Kinderrechte verwirklichen

Den Interessen von Kindern und Jugendlichen muss mehr Gehör verschafft werden. Mit ihnen gemeinsam werden wir eine „Hessische Kindercharta“ entwickeln, die Rechte und Ansprüche von Kindern an die Landespolitik enthält.

Kinder- und Jugendparlamente sind wichtige Formen demokratischer Beteiligung. Sie sollen von den Schülerinnen und Schülern gewählt, ihre Entscheidungsbefugnisse müssen erhöht und ihnen sollen eigenverantwortliche Budgets und Antragsrechte in den jeweiligen Körperschaften gewährt werden.

Parlamente sollen in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegeln und Jugendliche an die Wahrnehmung ihrer demokratischen Mitverantwortung heranführen. Darum wollen wir das aktive Wahlalter bei Kommunalwahlen wieder auf 16 Jahre absenken und einen erneuten Volksentscheid zur Absenkung des passiven Wahlalters für den Landtag auf 18 Jahre vorbereiten.

KONZEPTE FÜR DIE SCHULE VON MORGEN

Bildung entscheidet über die Chancen zur Teilhabe in unserer Gesellschaft. Sie muss allen Menschen – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern – zugänglich sein.

Bildung ist mehr als Faktenwissen. Jedes Jahr wächst die Menge verfügbaren Wissens um ein Vielfaches.

Deshalb wird der Erwerb von Methoden zur sinnvoll gefilterten Wissensaneignung immer wichtiger. Neben der Vermittlung von Wissen und Methoden haben Schulen und Eltern die Aufgabe, Kinder in ihrer Entwicklung zu sozial kompetenten und selbstständigen Persönlichkeiten zu unterstützen.

Jedes Kind ist einmalig und hat Stärken, die es zu entwickeln gilt: Kein Kind darf zurückgelassen werden. Individuelle Förderung nutzt sowohl den Starken als auch den Schwachen. Ihre Verwirklichung bedarf eines durchlässigen Bildungssystems. Wir werden sozial benachteiligte Kinder stärker unterstützen, das Bildungsniveau insgesamt verbessern und mehr Schülerinnen und Schülern das Abitur ermöglichen.

Wir unterstützen lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen, vom Kleinkind- bis ins Rentenalter.

Wir GRÜNE wollen, dass endlich auch in Hessen Wirklichkeit wird, was zahllose engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler seit langem fordern und was unsere in der Bildungspolitik erfolgreichen Nachbarländer ganz selbstverständlich längst tun. Schule soll Chancengleichheit für alle ermöglichen, indem sie:

- alle Kinder bei der bestmöglichen Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente umfassend unterstützt;
- Lehrerinnen und Lehrern Spielräume eröffnet und ihnen geeignete Rahmenbedingungen bietet, um Schülerinnen und Schüler bei der Entfaltung ihrer körperlichen, geistigen und sozialen Fähigkeiten zu begleiten und zu fördern und
- Eltern durch eine ermutigende Lernatmosphäre, förderliche Lernbedingungen und attraktive, zukunftsweisende Lernangebote zeigt, dass sie der Schule ihre Kinder ohne Angst vor sozialer Diskriminierung oder der Zementierung herkunftsbedingter Bildungsunterschiede anvertrauen können.

Die Verordnungsflut der CDU-Landesregierung hat viel Verwirrung angerichtet, aber nicht zu qualitativen Verbesserungen an Hessens Schulen geführt. Stattdessen liegt unser Bundesland in allen nationalen Vergleichsstudien in Mittelfeld oder unterem Drittel. Vom „Bildungsland Nummer 1“ kann im nationalen Vergleich keine Rede sein – vom internationalen Vergleich ganz zu schweigen: Nicht die Förderung der Schülerinnen und Schüler, sondern deren Auslese stehen im Vordergrund; das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem wird zementiert. Bildungschancen sind weiter in hohem Maße vom Geldbeutel der Eltern und nicht allein vom Können der Schülerinnen und Schüler abhängig. Mit kurzatmigen „Modellprojekten“ soll die Öffentlichkeit beeindruckt und von diesen zentralen Missständen sowie der wachsenden Kritik daran abgelenkt werden. Es wird Zeit, mit einer solchen Politik Schluss zu machen. Die Kinder, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in Hessen haben Besseres verdient.

Was für Atomausstieg, Verbraucherschutz, ökologische Agrarwende oder eine zukünftige Energie- und Klimapolitik gilt, trifft besonders auch auf die Bildungspolitik zu: Wir GRÜNE greifen neue Erkenntnisse, zukunftsweisende Konzepte und gesellschaftliche Notwendigkeiten auf und machen sie zu praktischer Politik. Die anderen führen den Schulkampf von gestern und haben Schwierigkeiten, in der Wirklichkeit von heute anzukommen. Wir GRÜNE wollen eine Neue Schule. Dafür ist es längst an der Zeit. Wir versprechen nicht, dass mit uns über Nacht alles besser wird. Was andere über Jahre versäumt oder fehlgeleitet haben, lässt sich nicht von heute auf morgen korrigieren. Wir wissen, dass Bildungspolitik Verlässlichkeit und langen Atem braucht. Wir werben um Unterstützung und Verbündete. Wer die heutige Schulwirklichkeit kennt weiß, wie groß die Herausforderung ist. Sich ihr zu stellen erfordert zahlreiche Einzelschritte. Daher werden wir:

Mehr in Bildung investieren

Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen. Die Bildung unserer Kinder muss uns etwas wert sein. Deshalb wollen wir die Ausgaben für Bildung spürbar erhöhen. Dazu werden wir Haushaltsmittel aus anderen Bereichen umschichten und der Bildung im Haushalt Priorität einräumen. Die im Zuge des demografischen Wandels in den kommenden Jahren sinkenden Schülerzahlen werden wir nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich nutzen. Stattdessen werden wir in die Qualität unseres Schulsystems investieren.

Für bessere Bildung sind darüber hinaus weitere Mittel erforderlich. Deshalb treten wir auf Bundesebene für verbesserte steuerpolitische Rahmenbedingungen ein, damit die Bundesländer stärker in Bildung investieren und die Bildungschancen der nachwachsenden Generation verbessern können.

Das Sofortprogramm Schule auflegen

Als erste Maßnahme nach einem Regierungswechsel werden wir ein Sofortprogramm Schule auflegen. Durch die aktionistische Politik der vergangenen Jahre ist die Grenze der Belastungsfähigkeit an den Schulen erreicht, in vielen Fällen überschritten. Für die Qualitätsentwicklung und die Förderung jeder einzelnen Schülerin bzw.

jedes einzelnen Schülers bleibt oftmals keine Zeit mehr. Mit dem Sofortprogramm wollen wir die größten Missstände beseitigen und so den Schulen wieder Luft zum Atmen und zur Konzentration auf ihre eigentlichen Aufgaben geben. Konkret wollen wir:

- 1.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen.
- 50 Euro jährlich pro Schülerin und Schüler zur freien Verfügung stellen: Dieses Schulentwicklungsbudget sollen die Schulen zusätzlich und autonom für die pädagogische Weiterentwicklung, die Umsetzung ihres Schulprogramms und damit zur Verbesserung ihrer Qualität erhalten.
- einen verlässlichen und vollwertigen Vertretungsunterricht sicherstellen: Qualität und Verlässlichkeit der Vertretungsstunden müssen gewährleistet sein. Wir wollen den Etikettenschwindel „Unterrichtsgarantie Plus“ beenden und nach unserem Konzept der verlässlichen Schule einen qualitativ hochwertigen und verlässlichen Vertretungsunterricht schaffen. Wo Fachunterricht draufsteht, wollen wir auch Fachleute drin haben.
- die Schulen von Bürokratie und Gängelung entlasten: Wir werden Hessens Schulen von unnötigen Vorgaben der Kultusbürokratie befreien. Für die verbleibenden Verwaltungstätigkeiten sollen die Schulen mehr Entlastung bekommen. Auch wollen wir die Möglichkeiten ausweiten, Entlastungsstunden in Geld umzuwandeln, so dass Schulen damit externe Kräfte auch für Verwaltungstätigkeiten beschäftigen können.
- Geld für noch nicht besetzte Stellen an den Schulen belassen: Bei der Besetzung von Stellen kommt es häufig zu zeitlichen Verzögerungen. Solange den Schulen zustehende Stellen noch nicht besetzt sind, erhalten sie die entsprechenden Mittel zur Verstärkung ihres Schulentwicklungsbudgets.

Das Sofortprogramm Schule legt das Fundament für die weiteren Verbesserungen, die wir auf den Weg bringen wollen. Wir wollen zunächst den Stress und die Hektik aus den Schulen heraus nehmen, um auf solider Grundlage Neues beginnen zu können.

Vorschulische Bildung und Grundschule stärken: Bildung, Betreuung, Erziehung aus einem Guss

Wir werden die Landesmittel für Kinderbetreuung und Ganztagsangebote an Grundschulen zu einem Landesprogramm zusammenfassen und aufstocken.

Wir wollen die Einführung der flexiblen Eingangsstufe an allen Grundschulen ermöglichen. Sie bildet eine pädagogische Einheit und kann je nach Entwicklungsstand des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden. So können unterschiedliche Startchancen von Kindern zu Beginn der Grundschule besser ausgeglichen und individuelle Fördermaßnahmen realisiert werden.

Wir wollen die Schulträger dabei unterstützen, das pädagogische Konzept der sechsjährigen Grundschule einzuführen. Gerade angesichts zurückgehender Schülerzahlen ist die sechsjährige Grundschule eine Möglichkeit, ein wohnortnahes Bildungsangebot anzubieten. Die Entscheidung über ihre Einführung soll vor Ort im Dialog mit den an Schule Beteiligten getroffen werden.

Diejenigen Kommunen, die die Schulträgerschaft für ihre Grundschulen von den Landkreisen übernehmen wollen, werden wir dabei unterstützen.

Die Neue Schule auf den Weg bringen

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich Schulreformen nicht von oben verordnen lassen. Sie müssen von den an Schule Beteiligten getragen werden. Anders als in Ländern wie beispielsweise Finnland gibt es innerhalb unserer Gesellschaft keinen breiten Konsens über die Schulstruktur. Anhängerinnen und Anhänger des strikt gegliederten Schulsystems auf der einen Seite stehen Befürworterinnen und Befürworter eines stärker skandinavisch orientierten Schulsystems auf der anderen Seite gegenüber. Eine verantwortungsvolle Bildungspolitik sollte nicht versuchen, diesen Konflikt mit der Brechstange oder mittels knapper parlamentarischer Mehrheiten zu entscheiden.

Wir gehen einen anderen Weg: Wir setzen auf Veränderungen, die – verbunden mit den dafür notwendigen Mitteln von Landesseite – von den Schulen ausgehen, statt auf ihre flächendeckende Verordnung von Wiesbaden aus. Wir wollen durch die Qualität und die Attraktivität der Neuen Schulen überzeugen. Uns geht es um

eine Schulreform von unten. Konkret wollen wir bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode der Hälfte aller weiterführenden Schulen ermöglichen, sich freiwillig zu Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Dieser Weg steht allen bisherigen Gymnasien, Haupt- und Realschulen, kooperativen und integrierten Gesamtschulen offen, ist also nicht auf eine bestimmte Schulform begrenzt. Wir werden die personellen, sachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Schulen sich zu Neuen Schulen entwickeln können, ohne die Bedingungen für diejenigen Schulen zu verschlechtern, die diesen Weg nicht oder noch nicht gehen wollen. Die Initiative, eine Neue Schule werden zu wollen, liegt bei der Schulgemeinde – den Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern jeder einzelnen Schule – und natürlich beim Schulträger.

Kennzeichen der Neuen Schulen ist die inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots: **Alle Abschlüsse an einer Schule:** Die Neuen Schulen bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8) an. Zu diesem Zweck führen sie entweder eine eigene Oberstufe (wenn sie aus Schulen entstehen, die derzeit auch eine Oberstufe haben) oder schließen eine Kooperationsvereinbarung mit der Oberstufe eines benachbarten Gymnasiums ab.

Länger gemeinsam lernen: In den Neuen Schulen lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 bzw. 10. Insbesondere während des Prozesses der Weiterentwicklung der bestehenden Schule zu einer Neuen Schule kann die Schulkonferenz ab Klasse 7 über Abweichungen vom Prinzip des gemeinsamen Lernens entscheiden.

Keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern: In den Neuen Schulen, die sich für die pädagogisch aufwändigere Binnendifferenzierung statt für die äußere Differenzierung entschieden haben, wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schüler gesenkt, um diese Arbeit zu unterstützen.

Bedarfsgerechtes Ganztagsangebot: Die Neuen Schulen erhalten die notwendigen Mittel, um durch ganztägige Angebote pädagogische Freiräume zu eröffnen (u.a. durch eine andere Rhythmisierung des Unterrichts), auf die Stärken und Schwächen jeder bzw. jedes Einzelnen besser eingehen zu können und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. ♀

Individuelle Förderung statt Querversetzung und sitzen bleiben: Anstelle dieser demotivierenden, pädagogisch weitgehend wirkungslosen und zudem teuren Instrumente tritt die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers.

Vernetzung von Schule, Jugend- und Sozialarbeit: Schulträger, die am Landesprogramm Neue Schule teilnehmen wollen, müssen ein Konzept zur Kooperation vorlegen.

Förderung von Risikogruppen: Unser Konzept sieht ab Klasse 5 eine regelmäßige Begleitung durch in den Schulalltag fest integrierte Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Jugendberufshelferinnen und -helfer vor. Dies gilt insbesondere für Schülerinnen und Schüler, die zu der in der PISA-Studie definierten „Risikogruppe“ gehören.

Vor der Landtagswahl 2013 werden wir auf Grundlage der Erfahrungen mit dem Landesprogramm Neue Schule einen Vorschlag für die weitere Gestaltung der Schulstruktur in Hessen machen und ihn erneut mit den an Schule Beteiligten diskutieren.

Schulen als Lern- und Lebensort gestalten

Ganztägige Schulen ermöglichen mehr individuelle Förderung, Qualitätsentwicklung und Kooperation der Lehrkräfte untereinander, eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern und Jugendhilfe sowie die verstärkte Öffnung zum schulischen Umfeld. Gerade Kinder aus benachteiligten Schichten profitieren von längeren Schultagen, in denen kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden können. Ganztagsschulen erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind mehr als bloße Nachmittagsbetreuung. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir deutlich mehr Ganztagsangebote an hessischen Schulen einrichten und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Grundschulen legen. Gefördert werden nicht nur Schulen, die am ♀

Landesprogramm Neue Schule teilnehmen wollen, sondern alle Schulen in Hessen, die ihren Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum Lernen geben möchten. Wir wollen erreichen, dass Vereine sowie soziale, kulturelle und interkulturelle Jugendarbeit im Umfeld der Schule stärker mit der Ganztagschule zusammenarbeiten können.

Unterrichtsinhalte

Im Zuge der Entwicklung von Bildungsstandards müssen die Lehrpläne und ihre Inhalte gründlich überarbeitet und reformiert werden. Die Unterrichtsinhalte der Schulen sollen besser auf das Leben sowie die Studien- und Berufswahl eingehen. Die Vermittlung von Kenntnissen in den Bereichen Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, Lebensführung, Hauswirtschaft, Konfliktlösung, gesellschaftliche Partizipation, Ernährung, Medienkompetenz und Ökologie muss einen größeren Stellenwert in der Schule erhalten. Die Schulen müssen die Möglichkeit erhalten, stärker in projektbezogenen Unterrichtsformen zu unterrichten.

Die Schulgemeinde kann entscheiden, die Ziffernoten bis zum Ende der Klasse 7 durch schriftliche Bewertungen zu ergänzen oder zu ersetzen.

G8 verändern, zentrale Abschlussprüfungen auswerten

Schon jetzt mehren sich die Anzeichen, dass der Weg, den die Landesregierung bei der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre (G8) eingeschlagen hat, zu erheblichen Problemen und zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler, aber auch zu einer Belastung ihrer Eltern führt. Statt den Stoff ausschließlich in der Mittelstufe zu verdichten, werden wir die Lehrpläne überprüfen und entschlacken sowie dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und die Lerninhalte sinnvoller über die gesamte Schulzeit verteilen. Um die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wieder herzustellen, wird die zweite Fremdsprache wieder ab Klasse 7 unterrichtet.

Für die Haupt- und Realschulen zeigen die Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen aus den Jahren 2005 und 2006, dass die versprochene Verbesserung der Leistungen bislang nicht feststellbar ist.

Das Zentralabitur wurde 2007 zum ersten Mal geschrieben. Die ersten Rückmeldungen aus den Schulen zeigen, dass sich die zentralen Abschlussprüfungen eher negativ auf die Qualität und die inhaltliche Tiefe des Unterrichts auswirken. Wir werden zur Mitte der Legislaturperiode die Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen sowie des Landesabiturs auswerten und sie je nach Resultat weiterentwickeln oder wieder abschaffen.

Gemeinsamen Unterricht ausbauen

Wir werden den gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf an allen Schulen durch zusätzliches Personal deutlich ausweiten und die Förderung von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf vom Rand in die Mitte der bildungspolitischen Debatte holen und besonders unterstützen.

Ein wohnortnahes Schulangebot erhalten

Wir wollen kreative Lösungen zum Umgang mit rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlen statt Schulschließungen. Alternativen zu starren Richtgrößen und Schulzweigschließungen sind jahrgangsübergreifender Unterricht und schulformübergreifende Bildungsangebote. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ ist uns wichtig. In allen Regionen muss ein wohnortnahes Schulangebot sichergestellt werden.

Freiraum für Selbstbestimmung der Schulen schaffen

Gute Schulen werden vor Ort gemacht. Wir wollen den Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Deshalb werden wir den Schulen mehr Freiraum und Entscheidungskompetenzen geben. Unser Konzept der selbstbestimmten Schule gestattet ihnen selbst zu entscheiden, in welchen Schritten sie mehr Eigenverantwortung übernehmen wollen. Dafür erhalten sie die notwendigen Mittel. Zugleich wird das Erreichen der Bildungs-



standards durch regelmäßige Evaluierung und eine angemessene Rechenschaftspflicht der Schulen gewährleistet.

Wir wollen eine faire Leistungsbewertung der Lehrerinnen und Lehrer schaffen. Bei dieser sollen auch die Schülerinnen und Schüler einbezogen werden.

Die Fortbildung und das Unterstützungssystem verbessern

Die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer und die an sie gestellten Erwartungen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Wir werden daher ein leistungsfähiges Unterstützungssystem für unsere Schulen schaffen, um durch Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Einbeziehung anderer Professionen den Anforderungen an Schule gerecht werden zu können. Konkret werden wir

- die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ausbauen und stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Das unsinnige, bürokratische und auf tiefem Misstrauen basierende Sammeln von Fortbildungspunkten schaffen wir ab;
- die bisherigen Unterstützungsleistungen der Staatlichen Schulämter und kommunalen Schulträger in regionalen Bildungsbüros zusammenfassen und ausbauen (z.B. im Bereich der Schulsozialarbeit und des schulpsychologischen Dienstes) und so den Schulen Unterstützung aus einer Hand liefern. So kommt die Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Schule einen entscheidenden Schritt voran;
- zusätzlich das Unterstützungssystem vor Ort stärken und Schülerinnen und Schüler, die vielfältige schulische und außerschulische Probleme haben und nach der PISA-Studie zur so genannten Risikogruppe gehören, auch durch zusätzliches Personal besser individuell fördern. Unser Konzept sieht ab Klasse 5 eine kontinuierliche Begleitung dieser Gruppe durch in den Schulalltag integrierte Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Jugendberufshelferinnen und -helfer vor, die ergänzend zu den Lehrerinnen und Lehrern tätig werden. Dabei soll auch auf die teilweise spezifischen Förderbedarfe von Mädchen und Jungen eingegangen werden.

Schulen in freier Trägerschaft eine solide Grundlage geben

Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung der Bildungslandschaft. Sie senden wichtige Impulse an die staatlichen Schulen. Wir werden ihre Finanzierung auf eine solide Grundlage stellen. Die Zuwendungen müssen sich gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts an den realen Kosten staatlicher Schulen orientieren, so dass die Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft endlich abgebaut wird.

Berufliche Bildung stärken

Wir wollen das duale Ausbildungssystem als tragende Säule der Berufsausbildung beibehalten und die Rolle und Bedeutung der beruflichen Schulen in diesem Kontext weiterentwickeln. Die vorrangige Verantwortung der Wirtschaft für die Ausbildung muss erhalten bleiben. Ausbildungskosten dürfen nicht allein der öffentlichen Hand übertragen werden. Es wird jedoch weiter einen Bedarf an vollschulischen Berufsausbildungen geben, denn viele Schülerinnen und Schüler bleiben im Anschluss an Klasse 9 oder 10 bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz im dualen System erfolglos. Die Ausweitung vollzeitschulischer Bildungsgänge, die eine enge Verbindung zur betrieblichen Praxis haben, kann dazu beitragen, dieses Problem zu entschärfen. Wir treten für deren Gleichstellung mit den betrieblichen Ausbildungen ein. Betriebe und Unternehmen, die ihrer Ausbildungsverantwortung nicht nachkommen wollen oder können, sind in geeigneter Weise an den gesamtwirtschaftlichen Kosten von Ausbildung zu beteiligen. Dies kann über eine Ausbildungsplatzumlage auf Kammerebene bzw. branchenspezifisch geschehen.

Die Ergebnisse und Möglichkeiten des Modellversuchs „Selbstverantwortung Plus“ an derzeit 17 beruflichen Schulen in Hessen sind als Gestaltungsoption allen beruflichen Schulen zur Verfügung zu stellen. Wir halten es für richtig, dass Schulen mehr Freiheit in personellen, organisatorischen, pädagogischen und finanziellen Fragen erhalten, ihre Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern ausbauen und sich in regionale

berufliche Netzwerke einbinden. Diejenigen Schulen, die sich zu diesen Schritten hin zu mehr Selbstbestimmung entschließen, erhalten die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen.

Wir werden für benachteiligte Jugendliche eine dauerhafte assistierte Ausbildung einführen, die unabhängig ist von kurzfristigen Modellversuchen und Maßnahmen: Jugendliche bekommen von Schule oder Jugendhilfe über die gesamte betriebliche Ausbildung hinweg eine persönliche Ansprechperson zur Seite gestellt, die sie unterstützt und bei Konflikten mit der Schule oder dem Ausbildungsbetrieb vermittelt. Jugendliche, die die Schwelle einer langjährigen Berufsausbildung mit hohen Bildungsanforderungen nicht überwinden können, dürfen nicht unqualifiziert bleiben. Wir werden daher weitere verkürzte Ausbildungsberufe mit zweijähriger Ausbildungszeit einrichten. Diese modularen Ausbildungsschritte können im Sinne lebensbegleitenden Lernens später durch weitere Bausteine zu einer umfassenden Berufsausbildung ergänzt werden. Die Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz wollen wir wieder bis zum 18. Lebensjahr ausdehnen.

Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern verbessern

Das Berufsbild von Lehrerinnen und Lehrern hat sich erheblich gewandelt. Sie sind nicht nur mit anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben, sondern auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Daher kommt ihrer Ausbildung großes Gewicht zu, denn sie legt den Grundstein für gute Schulen. Die Landesregierung hat in der Lehrerbildung mit ihrer „Reform“ in den Schulen, Universitäten und Studienseminaren Chaos angerichtet. In einem ersten Schritt werden wir hier die notwendigen Korrekturen vornehmen. Dazu gehören für uns eine Entschlackung der Ausbildungsmodule, die Reduzierung der Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst (LiV) sowie ihrer Ausbilderinnen und Ausbilder und die Stärkung der Rolle der Mentorinnen und Mentoren. In einem zweiten Schritt werden wir im Dialog mit allen Beteiligten über die künftige Struktur der Lehrerbildung beraten. Dabei sind insbesondere die Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse, die Rolle der Staatsexamina und die schulformbezogene Ausbildung zu diskutieren.

Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen

Die Bereitschaft und die Möglichkeit, lebenslang zu lernen und das Schaffen der dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind heute wichtiger denn je. Eine gute Schulbildung, eine solide Erstausbildung und die Teilhabe am lebensbegleitenden Lernen bis ins Alter sind sowohl als Eintrittskarten in den Arbeitsmarkt als auch für die persönliche Weiterentwicklung von großer Bedeutung. Wir wollen eine Lernlandschaft für alle Generationen schaffen. Die Zentren für lebensbegleitendes Lernen und das Projekt HessenCampus sind hierzu ein wichtiger Schritt. Sie bieten die Chance, die Angebote von Volkshochschulen, freien Trägern, den beruflichen Schulen und den Schulen für Erwachsene besser zu vernetzen. Die Pluralität der Angebote und die Gebührenfreiheit staatlicher Bildungsabschlüsse sind dabei zu erhalten. Die Möglichkeit, höhere Bildungsabschlüsse parallel zur beruflichen Tätigkeit nachzuholen, muss gestärkt werden.

Die Lernenden werden in die Lage versetzt, ihre Bildungsbedarfe zu identifizieren, zu finanzieren und entsprechende Angebote zu finden. Eine nutzerfreundliche Informations- und Beratungsinfrastruktur ist die Voraussetzung für die individuell passende Wahl des Qualifikationsangebots. Die Lernangebote müssen auf die individuellen Bildungsbedürfnisse von Unternehmen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgestimmt werden. ♀

Drei Viertel der kleinen Unternehmen haben keine gezielten Fortbildungskonzepte und nur jede zweite Mitarbeiterin bzw. jeder zweite Mitarbeiter ist an entsprechenden Maßnahmen interessiert. Besonders Ältere, Ungelernte und Frauen mit Familienpflichten nehmen Weiterqualifizierungsangebote nur in geringem Maße in Anspruch. Hier gilt es, Anreize zu schaffen, die Rahmenbedingungen zur Nutzung von Fortbildungsangeboten zu verbessern und durch mehr Transparenz und einheitliche Qualitätsstandards Orientierung zu ermöglichen. ♀ Dies gilt auch für die von der Arbeitsverwaltung vermittelten Angebote.

WISSENSCHAFT - TALENTE ZUERST

Bessere Qualität für mehr Studierende in autonomen Hochschulen

Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource. Neben den individuellen Aufstiegschancen für den Einzelnen beeinflusst der Bildungsgrad auch die ökonomische Leistungsfähigkeit, Produktivität und Kreativität sowie die Beschäftigungsquote der gesamten Gesellschaft. Deshalb brauchen wir dringend mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Bildung ist aber nicht nur ökonomisch wichtig, sondern auch für die persönliche Entwicklung und die Weiterentwicklung der Gesellschaft insgesamt. Denn unsere Hochschulen sind nicht nur Orte der Aus- und Fortbildung, sie sind die ‚Think-Tanks der Zukunft‘, Motor der Innovation und Orte der Reflexion. Sie liefern Antworten zur Lösung unserer drängenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zukunftsfragen. Unser Ziel ist ein chancengerechter und offener Hochschulzugang, um mehr Studierende an den Hochschulen auszubilden. Wir wollen durch bessere Studienbedingungen und -beratung Studienabbrüche vermeiden und für eine verbesserte Qualität der Forschung sorgen.

Die für die nächsten Jahre prognostizierte Erhöhung der Studierendenzahlen muss zur Schaffung neuer Studienplätze führen. Wir brauchen zudem mehr Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland, weil durch Innovation und Fortschritt immer mehr Berufe nur von Hochqualifizierten ausgeübt werden können. Der zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Hochschulpakt 2020 reicht zur Schaffung neuer Studienplätze bei weitem nicht aus. Wir wollen die Hochschulen in die Lage versetzen, in den kommenden Jahren tatsächlich mehr Studierende aufzunehmen. Nur so können wir die Bildungsbeteiligung und auch die chancengerechte Teilhabe an Bildung erhöhen, einem Mangel an hochqualifizierten Fachkräften entgegenwirken und verhindern, dass sich die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch Verdrängungseffekte weiter verschärft.



Nein zu Studiengebühren!

Studiengebühren lösen die Probleme unserer Hochschulen nicht, im Gegenteil! Studiengebühren drohen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft drastisch zu verschärfen. Schon heute haben Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten trotz gleicher Begabung und Potenziale wesentlich geringere Chancen auf eine Hochschulbildung als Kinder von Akademikerinnen und Akademikern. Die Notwendigkeit, sich für ein Studium weiter zu verschulden als dies bei BAföG-Bezug ohnehin bereits erforderlich ist, schreckt insbesondere Studierwillige aus sozial benachteiligten Schichten von der Aufnahme eines Studiums ab.

Wir wollen nicht, dass Menschen aus sozialen und finanziellen Gründen vom Studium ausgeschlossen werden. Stattdessen sollen mehr junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Möglichkeit bekommen, zu studieren. Daher werden wir die von der Landesregierung eingeführten Studiengebühren, Langzeitstudiengebühren und Gebühren für ein Zweitstudium umgehend wieder rückgängig machen.

Qualitätsoffensive für Lehre und Studienbedingungen

Wir wollen mit einer Qualitätsoffensive insbesondere die Studienbedingungen und die Studienberatung, aber auch die Qualität der Lehre deutlich verbessern. Hierbei sind die Belange Behinderter besonders zu berücksichtigen. Für die Qualität entscheidende Faktoren sind u.a. die didaktischen Kompetenzen und das Engagement der Lehrenden. Diese wollen wir durch eine Stärkung der didaktischen Qualifizierung, finanzielle Anreize, ein System zur Bewertung der Lehrenden durch die Studierenden und ein besseres Personalmanagement der Hochschulen verbessern. Bessere Studienbedingungen und -beratung tragen zur Senkung der Studienabbrecherzahlen bei.

Internationalisierung öffnet den Blick für Neues

Wir unterstützen eine stärkere internationale Profilierung der hessischen Hochschulen. Wir wollen, dass noch mehr Studierende Teile ihres Studiums im Ausland absolvieren und Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt im Austausch mit hessischen Hochschulen stehen. Daher werden wir, wie im Bologna-Prozess vorgesehen, die Anerkennung von Studienleistungen konsequent umsetzen und die internatio-

nalen Kooperationen der hessischen Hochschulen weiter ausbauen. Zudem wollen wir eine Verbesserung der sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende. Wir werden für den Ausbau des laufenden Stipendienprogramms sorgen. Öffentlich geförderte Wohnheime müssen gerade auch Plätze für ausländische Studierende anbieten.

Selbstständige Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung

Wir meinen es ernst mit der Autonomie von Hochschulen. Daher werden wir jeder Hochschule ermöglichen, ein individuelles Autonomiekonzept mit allen Beteiligten an der Hochschule auszuhandeln. Autonomie bedeutet allerdings nicht Verantwortungslosigkeit: Das Einhalten der mit dem Land vereinbarten Ziele muss durch eine Evaluation und ein transparentes Berichtswesen überprüfbar sein. Hochschulautonomie heißt nicht, dass die Hochschulen mit ihren Entscheidungen allein gelassen werden. Vielmehr muss das Land bei Entscheidungen, die den gesamten Hochschulraum betreffen, Absprachen und Ausgleiche zwischen den einzelnen Hochschulen forcieren.

Mehr Autonomie von Hochschulen ist ein Prozess, der nicht nur zwischen dem Land und den Hochschulpräsidien ausgehandelt werden darf. Zur Autonomie gehört für uns mehr Mitsprache insbesondere der Studierenden in den Hochschulen und eine Ausweitung der Kompetenzen des Senats. Wir wollen, dass die Entwicklungsplanung und die Vergabe der finanziellen Mittel innerhalb der Hochschule in einem demokratischen und transparenten Prozess ausgehandelt werden, bei dem alle hochschulinternen Akteurinnen und Akteure mitentscheiden.

Studentische Selbstverwaltung ist für uns ein wichtiger Bestandteil der demokratisch verfassten Hochschule. Die von der CDU eingeführte 25%-Hürde bei Hochschulwahlen wird abgeschafft.

Veränderung der Studienstruktur für umfassende Studienreform nutzen

Wir werden die neuen Abschlüsse Bachelor und Master für eine umfassende Studienreform nutzen und nicht nur alte Strukturen mit neuen Etiketten versehen. Eine verbesserte Einführungsphase, mehr Betreuung und Beratung sowie mehr Praxisorientierung sind Bausteine unseres Konzepts zur Verringerung der Studienzeiten und zur Senkung der Studienabbrüche. Die neuen Abschlüsse bergen die Chance auf mehr Mobilität und Internationalität von Studierenden und Lehrenden. Wir wollen den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudien-gang erleichtern, statt ihn durch Zugangshürden zu erschweren.

Hochschulen sollen in Zukunft einen wachsenden Anteil ihrer Studierenden selbst auswählen. Dazu müssen sie Auswahlverfahren entwickeln, die transparent und objektivierbar sind. Wenn gewährleistet ist, dass Zugangskriterien keine diskriminierenden Faktoren enthalten, sind Auswahlverfahren ein Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit, weil nicht mehr nur die Abiturnote, sondern auch praktische Erfahrung, gesellschaftliches Engagement oder andere besondere Potenziale und Talente in die Bewertung eingehen. Dann könnte auch das Numerus-Clausus-Verfahren zu Gunsten qualifizierter Auswahlverfahren abgeschafft werden.

Durch finanzielle Anreize aus den Innovationsbudgets werden wir die Hochschulen zu solchen Reformen ermuntern.

Frauenförderung: nicht altbacken, sondern innovativ

In nahezu keinem anderen gesellschaftlichen Bereich sind Frauen so stark unterrepräsentiert und Männerseilschaften so dominant wie in der Wissenschaft. Der Frauenanteil an den Professuren liegt heute in Hessen durchschnittlich bei 13,5 Prozent. Unser nächstes Ziel, bei Neuberufungen für Professuren und bei Postdoc-Stellen mindestens einen Frauenanteil von 40 Prozent zu erreichen, wollen wir durch einen spürbaren finanziellen Anreiz für die Hochschulen realisieren. Dazu werden wir die Mittelzuweisungen an die Hochschulen zukünftig deutlich stärker an Erfolge bei der Frauenförderung knüpfen. Das aufgrund der Föderalismusreform auslaufende Hochschulwissenschaftsprogramm des Bundes zur Chancengleichheit werden wir durch ein hoch dotiertes

hessisches Förderprogramm ersetzen, das Mentorinnenprogramme und Best-Practice-Preise zur Frauenförderung vorsieht.

Hessens Hochschulen werden familienfreundlicher

Der Anteil von Akademikerinnen und Akademikern ohne Kinder ist signifikant höher als der von Nicht-Akademikerinnen und -akademikern. Um die familienfeindlichen Strukturen in der Wissenschaft aufzubrechen, werden wir durch Zielvereinbarungen mit den Hochschulen insbesondere für Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs mit Kindern flexible Studien- und Arbeitsbedingungen schaffen und in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Kinderbetreuung an den Hochschulen ausbauen, um die Vereinbarkeit von Studium bzw. Beruf und Kindern zu erleichtern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Recht auf ein Teilzeitstudium erhalten bleibt.



Hochschulen für Weiterbildung öffnen

In Zukunft werden sich auch gut ausgebildete Menschen ihr gesamtes Berufsleben lang fort- und weiterbilden müssen und wollen. Den Hochschulen fällt hier eine ganz besondere Rolle zu, der sie sich bisher nur ungenügend stellen. Denn Hochschulen bieten beste Voraussetzungen, um den Transfer aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Berufspraxis zu ermöglichen. Wir wollen die Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen stärken, um die Qualifizierungsmöglichkeiten für Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, zu erhöhen und den steigenden Bedarf an Besserqualifizierten decken zu können. Diesem Ziel kommen gerade auch die neuen gestuften Studiengänge entgegen, weil sie die Option eines Master-Abschlusses auch bereits nach mehrjähriger Berufserfahrung optimal ermöglichen. Wir wollen die Wirtschaft an den Kosten dieser Weiterbildung beteiligen. Zudem wollen wir beruflich Qualifizierte ohne Abitur zur Aufnahme eines Studiums ermuntern, nachdem ihnen der Hochschulzugang eröffnet wurde.

Ausgaben für Forschung sind Investitionen in die Zukunft

Wir werden Hessen als Forschungs- und Innovationsstandort stärken. Die bestehende antrags- und institutionenbezogene Forschungsförderung werden wir durch eine programmbezogene Förderung der Forschung zu wichtigen Zukunftsfragen ergänzen. Hierzu gehören insbesondere die Umwelt- und Klimaforschung, die Forschung für Nachhaltigkeit, Forschungsarbeiten zur ökologischen Landwirtschaft oder zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen sowie die empirische Bildungs- und Unterrichtsforschung. Forschung darf aber nicht nur wirtschaftlich verwertbare technische Neuerungen vorantreiben, sie muss insbesondere auch den Risiken und Folgewirkungen Aufmerksamkeit schenken. Wir werden Technikfolgenabschätzung und Vorsorgeforschung als gleichberechtigte Elemente neben der Technologieförderung etablieren.

HESSENS WIRTSCHAFT: ZURÜCK AN DIE SPITZE

Die hessische Wirtschaft wächst seit 2002 schwächer als die deutsche Wirtschaft insgesamt. Wir wollen, dass sie wieder einen Spitzenplatz unter den Bundesländern einnimmt. Dazu werden wir eine Innovationskultur schaffen, denn kreative Menschen sind eine wichtige Voraussetzung für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg.

GRÜNE Wirtschaftspolitik für Hessen

Klimawandel und stetig steigende Preise auf den Rohstoff- und Energiemärkten beeinflussen das Wirtschaften immer stärker. Der effiziente Einsatz dieser Ressourcen ist deshalb von großer Bedeutung für unsere Umwelt, kann bestehende Beschäftigung nachhaltig sichern und neue Erwerbschancen – gerade auch in kleinen und

mittleren Betrieben – erschließen. Die Förderung von Forschung und Technologietransfer zur Verbesserung der Ressourceneffizienz steht aus diesem Grunde im Mittelpunkt GRÜNER Wirtschaftspolitik.

Wir wollen die Vorteile Europas für Hessen nutzen und wissensbasierten Dienstleistungen die Verbindung zu Industrie und Handwerk ermöglichen. Die hessischen Chemie-, Pharma- und Maschinenbauunternehmen, IT-Anbieter und Automobilhersteller, aber auch die rasch wachsenden Unternehmen im Bereich der regenerativen Energien zeigen, welche Potenziale vorhanden sind. In vielen Unternehmen sind beachtliche Kostensenkungen durch Effizienzsteigerungen bei Rohstoff- und Energieeinsatz möglich, die nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Gleichzeitig entlastet ein entsprechendes Ökologie-Management die Umwelt.

Umwelttechnologie-Unternehmen sollen in Hessen beste Startchancen und optimale Entfaltungsmöglichkeiten erhalten. Sie sind durch besondere Programme der hessischen Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Beim Einkauf der Landesbehörden und bei öffentlichen Bauten ist künftig konsequent darauf zu achten, dass ökologisch sinnvolle Produkte beschafft werden.

Wir werden die weltweite Spitzenstellung Hessens in der Heizungstechnik ausbauen, indem wir unsere Unternehmen ermutigen, die führenden Anbieter dezentraler Kleinkraftwerke zur Produktion von Strom und Wärme zu werden. Für die chemische Industrie kann Hessen attraktiver werden, indem Technologien gefördert werden, die mit weniger Energieaufwand und Abfall auf der Basis nachwachsender Rohstoffe Chemikalien von morgen produzieren.

Herausforderungen anpacken: Hin zur Kreativ-Wirtschaft

Wir befinden uns im tiefgreifendsten Wandel der Arbeit seit der industriellen Revolution: Selbstverantwortung, Veränderungsbereitschaft und Kreativität werden zentrale Punkte dieser Uorientierung sein.

Wir wollen im Wettbewerb um das innovativste Bundesland die Nummer eins werden. Wir werden die Effizienz unserer Forschungsstrukturen überprüfen, Bürokratie abbauen und mehr exzellente Forschung aus jedem Euro mit dem Ziel herausholen, neuen Schwung und neue Motivation in der hessischen Wirtschaft auszulösen.

Flexible Innovationsnetzwerke, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen eng miteinander verknüpfen, sind die Modelle der Zukunft. Wir wollen alles daran setzen, die Wertschöpfung unserer Ideen auch im Land zu halten, um durch Forschung aus Geld Wissen und durch Innovation aus Wissen Geld zu machen.

Voraussetzung für den Innovationswettbewerb ist aber auch der Kampf um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diesen Kampf gewinnt man nicht, wenn sie nur als Kostenfaktoren betrachtet werden. Wir brauchen in Hessen eine Innovationskultur, die Menschen mit ihrem Wissen und Können als etwas Wertvolles respektiert. Menschen sind die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, freie Menschen sind die Voraussetzung für Kreativität. GRÜNE Wirtschaftspolitik fördert und wertschätzt kreative Köpfe und setzt somit die richtigen Akzente für die Entwicklung und Vermarktung innovativer Ideen.

Kreativität ist mehr als künstlerische Schöpferkraft. Kreatives Denken und Handeln ist die Fähigkeit, ständig neue Zusammenhänge herzustellen, unterschiedlichste Perspektiven zu integrieren und Bestehendes zu hinterfragen – auch sich selbst und den eigenen Lebens- und Arbeitsplan.

Wir erleben eine Transformation in der Arbeitswelt, die bereits spürbar ist und sich in den nächsten zehn Jahren in der Organisation von Unternehmen widerspiegeln wird. Wer in den kommenden Jahren im globalen Wettbewerb um Talente, Märkte und Wissen mithalten will, der muss sich schon jetzt mit den neuen Bedingungen der „Kreativökonomie“ beschäftigen. Denn längst ist klar: Das industriegesellschaftliche Modell der Organisation von Arbeit und Freizeit ist in eine auf die Produktion und Weiterverarbeitung von Wissen ausgerichtete Ökonomie nur bedingt übertragbar. Mit der „Kreativökonomie“ steht eine neue Ära vor der Tür, die durch grundlegend andere Werthaltungen, Glaubenssätze und Strukturen gekennzeichnet sein wird als die Industriegesellschaft.

Eigeninitiative wecken – mehr hessische Unternehmerinnen und Unternehmer

In Hessen tragen ca. 330.000 selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer Verantwortung für sich und ihre Beschäftigten. Verantwortung heißt, Freiraum für eigene Entscheidungen zu haben und damit für Mut, Kreativität und Phantasie. Diese Unternehmerinnen und Unternehmer sind vitaler Bestandteil der hessischen Wirtschaft. Wir unterstützen den Weg in die Selbstständigkeit und wollen mehr Gründerinnen und Gründer kleiner und mittlerer Unternehmen, die den Wettbewerb beleben, Hessen zum Innovationsmotor machen und Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Wir wollen Selbstständigkeit sozial besser absichern und setzen uns dafür ein, die unternehmerischen Haftungsrisiken zu begrenzen und die Finanzierung neuer Geschäftsideen unbürokratisch zu erleichtern.

Risikokapital trägt zur Schaffung neuer Unternehmen und somit zu mehr Beschäftigung bei. Wir werden ein vereinfachtes Verfahren in die Wege leiten, durch das gerade auch Start-up-Unternehmen unbürokratisch über die Investitionsbank Hessen (IBH) Kredite bis 100.000 Euro online beantragen können.

Die Wirtschaftsförderung des Landes muss zudem enger mit den Schulen und Hochschulen sowie dem Sparkassen- und Giroverband, dem Raiffeisenverband und dem Verband der privaten Banken kooperieren, um Existenzgründungen gebündelt zu fördern.

Die Gründung eines Unternehmens soll in Hessen kinderleicht sein und besser unterstützt werden. Wir werden das Sparkassengesetz weiter novellieren, um die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Banken transparenter zu gestalten und um diese besser auf die regionalen Interessen sowie die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen zu konzentrieren.

Hessen braucht mehr Internationalität

Hessen muss attraktiver für Hochqualifizierte aus aller Welt werden. Wirtschaft und Gesellschaft müssen offener werden, gerade solche Einwanderinnen und Einwanderer aufzunehmen, damit Hessen seine kreative Vielfalt so gut nutzen kann wie heute schon zahlreiche andere Regionen Europas. Die für unsere Ballungsräume typische Mischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist eine Chance stetiger Erneuerung.

Statt an einer überlebten Wirtschaftsstruktur festzuhalten, werden wir neuen Produkten und Technologien Raum geben. Wir wollen Hessen zum attraktiven Standort für die kreativsten Köpfe der Welt machen.

Viele Migrantinnen und Migranten werden zu Unternehmensgründern, weil sie in dem Schritt zur Selbstständigkeit eine Chance zu beruflicher Freiheit sowie sozialem und ökonomischen Aufstieg sehen. Wir werden deshalb bestehende Beratungs- und Förderungsangebote für Selbstständige ausbauen, auch um noch mehr Migrantinnen und Migranten auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu unterstützen.

Frauen fördern heißt Wirtschaft modernisieren

In den mittleren Führungsetagen der deutschen Wirtschaft gibt es jede Menge topqualifizierter Frauen. Aufsichtsräte und Vorstände hingegen sind fest in der Hand von Männern. Beim Anteil von Frauen in Managementpositionen liegt Deutschland im internationalen Vergleich am unteren Ende der Skala. Die im Jahr 2001 zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung geschlossene Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Unternehmen hat bislang nicht zum gewünschten Ergebnis einer Annäherung der Anteile von Frauen und Männern in den höchsten Positionen großer Unternehmen sowie in Managementpositionen geführt. Je größer das Unternehmen, desto schwerer fällt es einer Managerin, sich gegen ähnlich qualifizierte Männer durchzusetzen. Als Haupthindernis für ihre weitere Karriere führen weibliche Führungskräfte an, dass sie von der Dominanz männlicher Netzwerke ausgebremst werden. Um diese Ressourcenvergeudung zu beenden, werden wir über den Bundesrat den Ländern Spanien, Norwegen, Dänemark und Schweden folgen und per Gesetz eine Quote in Aufsichtsräten ab 2012 festlegen. Das ist ein notwendiger Beitrag zur Modernisierung der börsennotierten Unternehmen am Finanzplatz Frankfurt. Darüber hinaus werden wir Gründerinnenzentren besonders fördern.



Das Potenzial der über Fünfzigjährigen nutzen

Wir wollen und dürfen nicht auf Kreativität und Erfahrung der „Generation Ü 50“ verzichten. Gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Arbeitgeberverbänden, der Politik und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen werden wir Programme entwickeln, die Frühverrentung vermeiden und generationsübergreifende Belegschaften zum Ziel haben. Durch Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention sowie altersgerechte Arbeitsprozesse und -zeiten wollen wir den Arbeitsmarkt für alle Generationen öffnen und Erfahrung mit Innovation verbinden. Neben einer Verbesserung der Gesundheitsvorsorge muss deshalb die fortlaufende Weiterbildung der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, um Partizipation am technischen Fortschritt und an neuen Arbeitsprozessen unabhängig vom Alter zu gewährleisten. Wichtig sind uns auch Modelle mit flexiblem Übergang in den Ruhestand. Ehrenamtliches Engagement kann einen gleitenden Übergang unterstützen.

Hessens Verbraucherinnen und Verbraucher schützen

Erfolgreicher Wettbewerb braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Verbraucherschutz ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir sorgen dafür, dass die Sicherheit und die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern Vorrang genießen. Verbraucherschutz beginnt mit der ausführlichen Information und Bewertung aller Produkte und Dienstleistungen. Wir unterstützen die hervorragende Arbeit der Verbraucherzentralen und werden sie wieder ausreichend finanziell ausstatten.

Mindestlohn für Hessen

Weil sich die Bundesregierung weigert, die Rechte Geringverdienender abzusichern, werden wir eine Bundesratsinitiative ergreifen, um regional- und branchenspezifische Mindestlöhne durchzusetzen. Die Höhe soll so bemessen sein, dass man von dem Einkommen leben kann, ohne auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Mindestlöhne sorgen für Fairness und Sicherheit, verhindern Armut trotz Arbeit und dienen überdies der Geschlechtergerechtigkeit, da 70% der Niedriglohnempfänger Frauen sind.



Jobwunder Dienstleistungssektor

Viele hessische Industrieunternehmen lagern Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, Marketing und PR, Personalbeschaffung, Steuerberatung oder Controlling zu unternehmensnahen Dienstleistern aus. Diese wachsen schnell und können sich flexibel an Marktveränderungen anpassen. Um die Infrastruktur für ihre Ansiedlung auch außerhalb des Ballungsraums zu verbessern, werden wir für einen flächendeckenden, schnellen und leistungsfähigen Zugang zum Internet sorgen.

Angesichts der demografischen Entwicklung wächst auch der Markt für haushaltsnahe Dienstleistungsunternehmen weiter. Hier eröffnen sich viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Insbesondere in der Gesundheitswirtschaft bieten sich Hessen durch seine Infrastruktur mit Universitätskliniken, Schwerpunktkrankenhäusern und traditionsreichen Heilbädern besondere Chancen für neue und zukunftssträchtige Arbeitsplätze. Wir unterstützen ihre Vernetzung mit Forschung und Lehre, Therapie und Pflege, der Medizintechnik und Medikamentenherstellung, aber auch mit Wellnessangeboten.



Politik für den Finanzplatz Frankfurt

Frankfurt ist das wichtigste Finanzzentrum in Kontinentaleuropa. Dieser Standort ist nicht nur für die Region von großer wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch für Hessen und Deutschland insgesamt. Bei aller Kritik an einzelnen Phänomenen auf den Finanzmärkten machen wir uns deshalb mit Nachdruck für den Finanzplatz Frankfurt und die Deutsche Börse am Standort Frankfurt stark.

Bei der Förderung und Weiterentwicklung des Finanzplatzes wollen wir darauf achten, dass die Balance zwischen den Interessen der professionellen Finanzmarktakteurinnen und -akteure auf der einen sowie der Privatanlegerinnen und -anleger und Verbraucherinnen und Verbraucher auf der anderen Seite gewahrt wird.

Politik für Hessens Regionen

Hessens Vielfalt bietet die Chance, die Landespolitik gezielt auf die unterschiedlichen Strukturen der Regionen und deren Stärken auszurichten. Mittels des kommunalen Finanzausgleichs wollen wir die Ausgangsbasis strukturschwacher Regionen verbessern. Die Landeseinrichtungen in Mittel- und Nordhessen mit ihren zahlreichen Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich werden wir erhalten und ausbauen. Darüber hinaus benötigen strukturschwache Gebiete differenzierte Förderprogramme, die regionale Stärken nutzen. Wir werden regionale Aktivitäten besser fördern und vernetzen. Das Land hat in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Telekommunikationsunternehmen dafür zu sorgen, dass alle Teile Hessens einen schnellen Anschluss an das Internet erhalten. Eine wachsende Herausforderung im ländlichen Raum ist die Nahversorgung. Wir werden innovative Konzepte wie mobile und/oder multifunktionale Nahversorger sowie Hauszustellungen einführen, um insbesondere für ältere Menschen die Grundversorgung sicherzustellen.

Handlungsfähige Regionen brauchen eine moderne Verwaltungsstruktur. Die Vielzahl der staatlichen Ebenen (Europa, Bund, Land, Regierungspräsidien, Verbandskammern, Landkreise und Kommunen) machen den Aufbau viel zu kompliziert. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Hessen. Der Zuschnitt der Landkreise entspricht nicht mehr ihren Aufgaben: Für viele Themen sind sie zu klein. So werden schon heute viele Aufgaben von mehreren Landkreisen in Zweckverbänden geregelt. Transparenz und demokratische Kontrolle bleiben dabei häufig auf der Strecke. Für die Erledigung anderer Aufgaben sind die Landkreise wiederum zu groß; diese Leistungen könnten die Kommunen besser und bürgernäher erbringen. Wir werden daher so viele Aufgaben wie möglich den Städten und Gemeinden übertragen. Überörtliche Aufgaben sollen Regionalkreise mit direkt gewähltem Parlament erledigen. Die bisherigen Landkreise, der Planungsverband und die Regierungsbezirke gehen in diesen Regionalkreisen auf. Da regionale Zusammenhänge auch über Landesgrenzen hinausreichen, wollen wir die Kooperation mit unseren Nachbarn verstärken. Die bereits existierende länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Region Rhein-Neckar wollen wir durch eine direkt gewählte Verbandskammer stärken und demokratisieren.

Die bisherige Förderpolitik in der Landwirtschaft orientiert sich nur an der Größe der Betriebe und berücksichtigt nicht die Anzahl der Arbeitsplätze, die in den Betrieben vorhanden sind. Dies wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten verändern. Auf diese Weise werden wir es schaffen, in den strukturschwachen Regionen mehr Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Europäische Politik mitgestalten

Hessische Politik muss den europäischen Prozess mitgestalten. Unsere Vertretung in Brüssel soll ein offenes Haus für alle Hessen und Hessinnen werden. Wir wollen, dass hessische Europapolitik mehr ist als nur die Wahrnehmung von Wirtschaftsinteressen. Hessen muss auf europäischer Ebene Vorreiter einer effizienten Klimapolitik werden, Verbraucherrechte stärken und sich für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen.

Hessen schafft mehr internationale Solidarität

Der Globalisierungsprozess produziert Gewinnerinnen und Gewinner, aber auch Millionen Verliererinnen und Verlierer sowohl in den armen Ländern als auch bei uns. Für unsere hessische Entwicklungspolitik heißt das, nicht in erster Linie Wirtschaftsförderung zu betreiben, sondern Beiträge zu Nachhaltigkeit, Umweltschutz und zur Reduzierung von Armut zu leisten.

Menschen in den Partnerländern können davon ebenso profitieren wie Menschen von dort, die hier bei uns leben. Die Vernetzung und Förderung von Eine-Welt-Gruppen fördert persönliches Engagement, gegenseitiges Verständnis und solidarisches Miteinander. Die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit unterstützt die gerade für Hessen so wichtige Weltoffenheit und Solidarität. Initiativen für Menschenrechte, Bildung, Umwelt und Energie sowie fairen Handel werden wir in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.



Wirtschaftsunternehmen, die in anderen Ländern gegen soziale oder ökologische EU- und UN-Standards verstoßen, werden ebenso wie der Korruption überführte Unternehmen mit einer Sperre für öffentliche Ausschreibungen in Hessen belegt und erhalten keine Förderung aus öffentlichen Mitteln.

KULTUR UND MEDIEN – DA GEHT NOCH WAS

Kreativität wecken. Zusammenarbeit stärken. Vielfalt fördern.

In einer Welt wachsender gesellschaftlicher Differenzierung und zunehmender Unsicherheiten ist das Erleben und Schaffen von Kultur ein gesellschaftlich wichtiger Faktor. Insbesondere die Kunst in ihren vielgestaltigen Ausdrucksformen reflektiert die Erfahrungen, der Menschen mit sich selbst, mit ihrer Umwelt und der Gesellschaft. Auf diese Weise befördert die Kunst in unverzichtbarer Weise das individuelle Selbstverständnis und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Kultur ist nichts Statisches, sondern entwickelt sich immer wieder neu. Gerade für eine multikulturelle Gesellschaft ist die Auseinandersetzung mit Kultur ein Prozess, den es kontinuierlich zu gestalten gilt. Kulturelle Werte sind einerseits sehr persönlich, andererseits bilden sie Normen für gesellschaftliche Eckpfeiler. Für uns ist es daher wichtig, dass Kultur frei von Paternalismus und männlicher Dominanz ist. Ob in der Frage des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher ethnischer und religiöser Kulturen oder der zunehmenden Spaltung in wenige Reiche und viele Arme: Kultur reflektiert die gesellschaftliche Realität, fördert den offenen Umgang mit anderen Kulturen und ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine offene und tolerante Gesellschaft.

Kultur und kulturelle Bildung fördern nicht nur Identität und Toleranz, sondern auch Kreativität. Kreativität ist ein Schlüssel zur Zukunft, weil sie Innovationen hervorbringt und Motor gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels ist. Die Entwicklung künstlerischer und kreativer Talente und Chancen ist daher nicht allein ein Gebot ästhetischer und humanitärer Dimension gesellschaftlichen Lebens, sondern Bedingung dafür, dass Städte und Regionen im globalen Wettbewerb attraktiv, lebendig und wirtschaftlich erfolgreich sind. Neben Bildung und Forschung kommt der Kulturpolitik beim Wecken von Kreativität und Innovation also eine besondere Rolle zu. Denn Innovationen können nur in einem gesellschaftlichen Klima entstehen, in dem Neugier und Vielfalt eine Rolle spielen und nicht alles dem Markt und seiner Verwertungslogik überlassen bleibt. Soziale und kulturelle Kompetenzen sorgen für menschlichen Gestaltungswillen und Dynamik. Kultur ist neben Bildung eine zentrale Zukunftsressource der offenen Gesellschaft. Öffentliche Kunst- und Kulturförderung ist daher auch in Zeiten knapper Kassen kein Luxus, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit.

Die Kreativindustrie gehört in den entwickelten Ländern zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talente und Toleranz zusammengebracht werden. Darauf wollen wir unsere Kultur-, aber auch unsere Wirtschafts- und Innovationspolitik ausrichten. Dabei erkennen wir die Notwendigkeit von Kultur und kultureller Bildung für das Bestehen im globalen Wettbewerb an, ohne dass wir die Kulturpolitik einem Wirtschaftlichkeitszwang unterziehen. Wir wollen ein neues Fördersystem, das transparent und dynamisch ist, die Effizienz der bestehenden Praxis erhöht und den Kulturinstitutionen mehr Eigenverantwortung zugesteht. Dafür wollen wir die Landesförderung auf neue Beine stellen und so ein zukunftsfähiges und offenes Fördersystem entwickeln, damit neue Ideen, Initiativen und Projekte eine Chance haben.

Regionale Kooperationen statt Zwangsverband

Wir werden die Zusammenarbeit der Regionen im Kulturbereich verbessern – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, aber auch in Nord-, Mittel- und Südhessen. Wir werden für eine gerechtere Finanzverteilung zwischen dem Land, den Sitzstädten der großen Museen und Theater sowie den Umlandgemeinden sorgen. Hierbei setzen wir nicht wie die derzeitige Landesregierung auf Zwang, sondern auf ein Miteinander.

Das Land soll sich an der Finanzierung der Kulturausgaben Frankfurts in vergleichbarem Umfang wie bei der Finanzierung der Staatstheater und Landesmuseen beteiligen. Diese Kosten sollen anteilig über den kommunalen Finanzausgleich solidarisch auf alle Nutzerinnen und Nutzer verteilt werden. Konkret wollen wir eine Drittelfinanzierung für die Staatstheater und Landesmuseen in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden sowie die Theater in Gießen und Marburg. Ein Drittel der Kosten soll künftig vom Land, ein Drittel aus den kommunalen Haushalten und ein Drittel aus dem kommunalen Finanzausgleich finanziert werden. Damit beenden wir den ungerechten Zustand, dass Frankfurt bislang das umfangreichste kulturelle Angebot für das Rhein-Main-Gebiet und ganz Hessen vorhält, die finanziellen Lasten aber fast ausschließlich alleine trägt. Allein diese finanzielle Umverteilung führt aber nicht zu einer stärkeren Profilierung der Rhein-Main-Region und der anderen hessischen Kulturregionen. Kultur ist inzwischen nicht nur zum harten Standortfaktor geworden, sondern für die Entwicklung einer gemeinsamen Identität, eines gemeinsamen kulturellen Profils unabdingbar.

Kulturelle Vielfalt stärken

Wir wollen also nicht nur eine neue Finanzverteilung, sondern wir wollen auch mehr in Kultur investieren: auch, aber nicht nur, in herausragende kulturelle Angebote von nationaler bzw. internationaler Strahlkraft, sondern ebenso in die Förderung eines lebendigen und vielfältigen Kulturangebots in der Breite sowie neuer, innovativer Kulturprojekte.

Dabei wollen wir uns verstärkt auf die kulturelle Vernetzung der Rhein-Main-Region sowie der Regionen Nord-, Süd- und Mittelhessen konzentrieren. Zum anderen aber wollen wir die Vielfalt von Hessens Kultur erhalten und ausbauen. Und das gerade auch in der Fläche, um die Attraktivität der ländlichen Regionen und den dortigen Zugang zu Kultur und insbesondere zu kultureller Bildung zu erhöhen.

Gerade die soziokulturellen Zentren haben, oftmals als Vermittler einer „Kultur von der Basis“, einen besonderen Stellenwert. Wir treten deshalb dafür ein, die Soziokultur in Hessen wesentlich stärker zu fördern als bisher.

Priorität für die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen

Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt einen besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik der nächsten Jahre dar. Leselust, die Kompetenz sich kreativ und künstlerisch auszudrücken, die Lust an Musik und Theater sowie Tanz und Film sind wichtige gesellschaftliche Schlüsselkompetenzen. Dies gilt insbesondere für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die nicht bereits von ihrem Elternhaus gefördert werden, also insbesondere für Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten und von Migrantinnen und Migranten. Daher wollen wir Schulen sowie Kulturinstitutionen und -initiativen bestärken, mehr Kulturangebote für Kinder und Jugendliche zu initiieren und verstärkt Einrichtungen fördern, deren Arbeitsschwerpunkt bereits kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche sind. Dafür werden wir einen „Innovationsfonds Kultur“ einsetzen. Um diese Mittel können sich hessische Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben.

Medienstandort Hessen

Medienangebote müssen allen Hessinnen und Hessen zugänglich sein und die Vielfalt unseres Landes widerspiegeln. Dazu muss es ein produktives Miteinander öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter geben.

Wir wollen den Hessischen Rundfunk (HR) als eigenständigen öffentlich-rechtlichen Sender erhalten und ihm ermöglichen, ein unabhängiges und qualitativ hochwertiges Programm für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten. Wir legen Wert darauf, dass sich ein gebührenfinanzierter Sender in Qualität und Niveau positiv vom Angebot der Privatsender unterscheidet. Als Teil einer lebendigen und offenen Demokratie haben die öffentlich-rechtlichen Sender die Aufgabe, politische und kulturelle Positionen jenseits des „Mainstream“ einem breiten Publikum zugänglich zu machen und sie nicht bloß in Nischen abzuschieben und weiter zu marginalisieren. Wir setzen uns für Meinungsvielfalt und Transparenz in den Medien ein. Der Zugang zu Informationen und Berichterstattung über wichtige Veranstaltungen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens muss weiter-

hin kostenfrei möglich sein. Wir wollen einen ungehinderten Zugang der öffentlich-rechtlichen Sender zu allen neuen Verbreitungsmedien (digitale Technik, Internet, Handy-TV etc.) gewährleisten. Das von der CDU durchgesetzte konservative Übergewicht im Rundfunkrat des HR werden wir im Interesse größtmöglicher Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme verändern. Wir streben an, dass der Rundfunkrat künftig geschlechterparitätisch besetzt werden soll.

Medienangebote können dann besonders gut genutzt werden, wenn man weiß, wie sie entstehen und wer dahinter steht. Deshalb wollen wir die Medienkompetenzangebote vor allem für Jugendliche weiter ausbauen. Bürgermedien wie beispielsweise die nichtkommerziellen Lokalradios und offene Kanäle, die ohne die Gewinninteressen privater Anbieter oder die Zwänge öffentlich-rechtlicher Einrichtungen arbeiten, sind eine wichtige Ergänzung der hessischen Medienszene. Wir werden sie stärken und die durch die bisherige Landesregierung veranlassten Kürzungen rückgängig machen.

Der Film- und Medienstandort Hessen hat nach wie vor mehr Chancen, als er bisher wahrnimmt. Diese Potenziale werden wir stärker aktivieren.

Europäisches Netzwerk schaffen

Die Zusammenarbeit der Regionen in Europa wird immer wichtiger. Wir wollen von Hessen aus die Zusammenarbeit der Regionen in Europa stärken und unsere Kooperationen mit den Partnerregionen Aquitaine/Frankreich, Emilia Romagna/Italien und Wielkopolska/Polen ausbauen.

ZUSAMMENLEBEN IN HESSEN STÄRKEN

Fast ein Viertel aller Hessinnen und Hessen hat Migrationshintergrund. Die enormen Potenziale dieser Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft sind eine bisher wenig genutzte Stärke unseres Landes. Deshalb werden wir eine engagierte und partnerschaftliche Integrationspolitik betreiben, an der alle hier lebenden Menschen beteiligt werden. Integration bedeutet, dass alle den Willen und die Bereitschaft zur Verständigung in dieses gemeinsame Projekt einbringen. Das schließt neben den eingewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern auch Deutsche, Eingebürgerte und Spätausgesiedelte sowie deren Kinder ein. Wir unterstützen Initiativen für interkulturelle Veranstaltungen und Begegnungen, die zu einem konstruktiven Dialog beitragen.

Teilhabe durch Einbürgerung

Wir wollen, dass sich mehr Menschen für eine Einbürgerung entscheiden können, weil sie sich mit dieser Gesellschaft und diesem Staat identifizieren. Keine demokratische Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, Teile ihrer Bevölkerung von rechtlicher und politischer Teilhabe auszuschließen. Viele Eingewanderte erfüllen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung bereits, nehmen diese Option aber nicht wahr. In Hessen sind die Einbürgerungszahlen in den letzten Jahren rückläufig. Die Ursache sind sowohl bestehende bürokratische Hürden als auch die unzureichende Information der Betroffenen. Wir werden deshalb eine Informationskampagne zur Einbürgerung starten.

Hessen stellt gleich

Die deutsche Staatsangehörigkeit allein kann keinen Integrationsprozess ersetzen. Wir wollen eine möglichst weitgehende Angleichung der Rechte von langjährig in Deutschland lebenden Eingewanderten, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht annehmen. Wer seinen Lebensmittelpunkt in einer hessischen Kommune hat, soll auch politisch mitbestimmen dürfen.

Wir werden die hessischen Unternehmen ermutigen, die „Charta der Vielfalt“ zu unterschreiben. Eine innerbetriebliche Antidiskriminierungsstrategie ist häufig effektiver als Gesetze. Wir werden eine aktive hessische Gleichstellungspolitik betreiben, um den längst nicht überwundenen Rassismus zu bekämpfen sowie minderheiten- und fremdenfeindlicher Gewalt in unserem Land entgegenzuwirken. Diskriminierungsschutz steht mit uns nicht nur auf dem Papier.

Zur Integration tragen auch Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund bei. Wir fördern die weitere Öffnung dieser Berufsgruppe für Menschen aus anderen Herkunftsländern.

Integration beginnt mit Sprache

Integration heißt aktive Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist dafür eine zentrale Voraussetzung. Wir werden daher den Erwerb der deutschen Sprache von klein auf fördern und in allen weiteren Bildungsbereichen fortführen, ohne Herkunftssprachen zu vernachlässigen. Die Beherrschung mehrerer Sprachen ist in unserer multikulturellen und global tätigen Gesellschaft eine wichtige und verbindende Ressource. Auch für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus müssen Sprachkurse ohne Sanktionen angeboten werden. Sport, Musik und Kunst kommen als Integrationswerkzeuge besondere Bedeutung zu.

Frauen und Integration

Die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund, bei denen es nicht nur zu Benachteiligung aufgrund ihres Geschlechts sondern auch aufgrund tradierter Rollenbilder in der Herkunftsgesellschaft kommen kann, verlangt besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen deshalb erfolgreiche Programme wie „Mama lernt deutsch“ oder „Integration durch Sport“ flächendeckend anbieten. Wir werden verstärkt Anlaufstellen besonders für Mädchen und junge Frauen der zweiten und dritten hier lebenden Migrantinnengeneration unterstützen. Für uns ist es nicht akzeptabel, dass Mädchen aus kulturellen oder religiösen Gründen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Alle Frauen müssen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte besser unterstützt werden. Dazu gehören ein faires Aufenthaltsrecht, Beratungsstrukturen und Schutzprogramme. Ebenso unverzichtbar ist die Sicherung des Aufenthaltsstatus der Betroffenen in Deutschland, wenn sie sich aus einer in Deutschland bestehenden Zwangsehe lösen bzw. aus dem Ausland nach einer Zwangsehe zurückkehren.

Hessens Schulen integrieren

Wir werden das Integrationsangebot der Ganztagschulen erweitern, um der Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen und ihrem sozialen Miteinander mehr Raum zu bieten. Dazu können Sport, Musik und Kunst als Integrationswerkzeuge genutzt werden. Alle Migrantinnen und Migranten sollen einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können. Dafür ist eine Verbesserung der derzeitigen Förderung wesentlich.

Notwendig ist zudem die verstärkte Einstellung von Lehrpersonal mit Migrationshintergrund: Dessen Kenntnisse der deutschen sowie der Kultur des Herkunftslandes ermöglichen ihm eine wertvolle Mittlerfunktion zwischen Lernenden, Lehrenden und Eltern. Wir wollen deshalb Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationshintergrund gezielt für ein Lehramtsstudium werben.

Schulen ermöglichen jungen Menschen gemeinsame Erfahrungen und fördern sie in ihrer gesamten Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb ist es notwendig, dass alle Schülerinnen und Schüler an Klassenfahrten sowie dem Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht teilnehmen.

Wir werden einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache durch hier ausgebildetes Lehrpersonal einführen.

Gute Ausbildung ist Erfolgsgrundlage

Ein wesentlicher Faktor für die Integration in eine Gesellschaft ist eine existenzsichernde Beschäftigung. Bildung und Ausbildung sind deren Fundament. Jugendliche werden durch die Schulen auf ihre Ausbildung vorbereitet. Die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Wir werden den Druck auf Großbetriebe erhöhen, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Wir akzeptieren nicht, dass kleine und mittelständische Betriebe allein die Verantwortung für Ausbildung tragen, besonders Großbetriebe müssen sich aktiv im Bereich der Ausbildung engagieren und ihre Angebote ausweiten. Die Zahl der Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft hat sich in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt, ihre Beteiligung an der betrieblichen Ausbildung ist allerdings noch marginal. Wir werden deshalb bestehende Initiativen bei der Akquise von Ausbildungsplätzen in diesen Unternehmen stärker unterstützen. Wir wollen weder, dass aus „Schulverlierern“ – in der Regel jungen Männern mit Migrationshintergrund – auch Verlierer auf dem Arbeitsmarkt werden, noch wollen wir eine perspektivlose Jugend in sozialen Brennpunkten am Stadtrand. Wir wollen diese Jugendlichen durch Bildung und Ausbildung in die Mitte unserer Gesellschaft holen.

Darüber hinaus werden wir die gezielte berufliche Förderung von Eingewanderten durch Beratung zu Dienstleistungs- und Handwerksberufen, ausbildungsbegleitendes Mentoring und Hilfen bei Existenzgründungen ausbauen.

Wohnen ist ein Grundrecht

Die Wohnsituation von Menschen mit geringem Einkommen, darunter überproportional viele Migrantinnen und Migranten, ist in vielen Kommunen nicht ausreichend gestaltet. Preisgünstiger Wohnraum ist – vor allem in Großstädten – nicht ausreichend vorhanden oder aber die Wohnqualität ist stark eingeschränkt. Eine hohe Konzentration von Haushalten mit sozialen Problemlagen ist häufig auf wenige Stadtviertel beschränkt. Um aber einer weiteren Entwicklung sozialer Brennpunkte entgegenzuwirken, müssen hier nachhaltige Konzepte umgesetzt werden.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist eine sinnvolle Strategie, die wir ausweiten wollen.

Das Wohnraumzweckentfremdungsverbot soll den Gemeinden wieder als Option eröffnet werden.

Mit den GRÜNEN wird es keinen Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen geben. Sie leisten einen Beitrag zur Stadttrendite, indem sie Neubau und Modernisierung betreiben und zur kommunalen und regionalen Wertschöpfung beitragen. Ihre Mieten wirken dämpfend auf das Mietpreisniveau.

Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe

Teil der demografischen Entwicklung ist auch ein erheblicher Anstieg älterer Menschen mit Migrationshintergrund. Neben schichtspezifischen Problemen im Alter, wie z.B. Armutsrisiko, sind migrationsspezifische Aspekte (beispielsweise Migrationsbiographie, Rückkehrorientierung sowie kulturelle Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten) in der Altenhilfe zu berücksichtigen. Künftig werden diese Menschen vermehrt auf die Dienste der Altenhilfeeinrichtungen und professionelle Pflege angewiesen sein. Wir werden die Kommunen deshalb dabei unterstützen, die Systeme der Altenhilfe interkulturell zu öffnen und ihre Angebote auch auf die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten auszurichten. In Würde älter zu werden bedeutet Lebensqualität und ist eine zentrale Integrationsaufgabe.

Die inhumane Abschiebep Praxis in Hessen beenden

In Hessen leben viele gut integrierte Familien ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in ständiger Angst, Deutschland kurzfristig verlassen zu müssen. Diese Angst führt zu weiteren psychischen Problemen der ohnehin häufig durch Erlebnisse in ihrem Ursprungsland traumatisierten Menschen. Ihre qualifizierte Betreuung ist in ihren Heimat- bzw. den Abschiebeländern oftmals nicht gewährleistet. Diese Menschen nach hohem Integrationsaufwand und ärztlicher Betreuung in ein Land abzuschicken, das die meist hier geborenen Kinder nur aus

Erzählungen kennen und dessen Sprache sie nicht sprechen, ist unsinnig. Wir wollen ihnen einen gesicherten Aufenthalt ermöglichen. Auch illegal in Hessen lebende Menschen sollen die Möglichkeit ärztlicher Versorgung erhalten, ohne Angst vor Entdeckung haben zu müssen. Gleiches gilt für den Schulbesuch von Kindern, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Wir Hessinnen und Hessen dürfen nicht hinnehmen, dass Kinder ohne Schulbildung aufwachsen. Deshalb werden wir das Recht dieser Kinder durchsetzen, eine Schule zu besuchen.

Härtefallkommission statt Abschiebekommission

Die Härtefallkommission soll verhindern, dass Flüchtlinge abgeschoben werden, obwohl humanitäre Gründe dagegen sprechen. Diese Aufgabe erfüllt die hessische Härtefallkommission, die mehrheitlich aus CDU-Abgeordneten besteht, nicht. Sie ist eine Abschiebekommission, die viel zu oft die Notlage der Flüchtlinge ignoriert. Wir wollen eine Härtefallkommission, die diesen Namen auch verdient und mit Expertinnen und Experten der Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, der Kirchen und der Verwaltung besetzt ist.

SELBSTBESTIMMT UND SOZIAL

Globalisierung, demografischer Wandel, Individualisierung und Massenerwerbslosigkeit verändern unser Zusammenleben und erfordern eine Neuausrichtung unserer sozialen Systeme. Eine moderne, solidarische, gerechte und nach vorn gewandte GRÜNE Sozialpolitik ist in Hessen überfällig. Wir wollen, dass niemand zurückgelassen wird.

Alle müssen darauf vertrauen können, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung bei Bedarf solidarische Hilfe zu erhalten. Eckpfeiler GRÜNER Sozialpolitik sind Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.

Wir wollen die soziale Infrastruktur Hessens durch den verantwortungsvollen Einsatz von Landesmitteln zukunftsfest gestalten. Dazu führen wir ein Sozialbudget im Landeshaushalt ein, das die Verlässlichkeit der Förderung durch freiwillige Leistungen sicherstellt. So erhalten Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Träger sozialer Dienste sowie Selbsthilfeeinrichtungen Planungssicherheit über den Zeitraum von mehreren Jahren. Zudem definiert ein solches Sozialbudget Qualitätsstandards für die soziale Arbeit. Auch Frauennetzwerke und Frauenzentren werden von uns durch vertragliche Absicherung gezielt gefördert. Echte Wirkungsorientierung und ständige Evaluation ermöglichen die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Sozialpolitik für ein gerechtes Hessen.



Den demografischen Wandel als Chance begreifen

Wir werden älter, weniger und bunter: Der Anteil älterer Menschen und von Menschen aus anderen Kulturen an der Bevölkerung steigt stetig. Gleichzeitig nimmt die Gesamtbevölkerung ab.

Die gerechte und nachhaltige Gestaltung des demografischen Wandels ist deshalb eine der wesentlichen Herausforderungen auch in Hessen. Wir wollen diesen Prozess gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten. Da der demografische Wandel regional unterschiedlich verlaufen wird, brauchen wir starke Regionen mit angepassten und innovativen Entwicklungskonzepten, um vergleichbare Lebensbedingungen in allen Landesteilen abzusichern.

GRÜNE Politik fördert eine neue Kultur des Arbeitens und Lernens. Wir werden die Investitionen in Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen verstärken und durch eine moderne Kinder-, Familien- und Frauenpolitik, die Eltern den ungehinderten Zugang zu Erwerbstätigkeit ermöglicht, die Realisierung des Kinderwunschs junger Paare unterstützen. Um Familienarbeit mit der Berufstätigkeit zu vereinbaren, bedarf es des gemeinsamen Engagements von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Hierbei werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Geschlechtergerechtigkeit und die Vielfalt von Lebensentwürfen legen.



In Würde alt werden – Für eine neue Kultur des Alterns

Leitbild GRÜNER Politik ist ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben auch im hohen Alter. Erfreulich viele alte Menschen sind bei guter Gesundheit, aktiv, mobil und verfügen über ein gesichertes Einkommen. Außer acht bleiben darf dabei aber nicht, dass die Altersarmut aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und unterbrochener Erwerbsbiographien wieder steigen wird. Gleichzeitig wächst die Zahl der auf Unterstützung und Pflege angewiesenen Hochbetagten.

Die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen müssen umfassend beim Wohnen, der Verkehrsgestaltung, der Stadtplanung, der gesundheitlichen Versorgung, dem Verbraucherschutz und durch das Angebot spezifischer Produkte und Dienstleistungen berücksichtigt werden. Die Vielfalt der älteren Menschen muss sich auch in den Angeboten widerspiegeln.

Wir werden dafür sorgen, dass das Land seiner Verantwortung für eine bedarfsgerechte Altenpflege nachkommt und berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Pflegekräfte ermöglicht. Zudem werden wir ambulante und teilstationäre Wohn- und Betreuungsangebote für demenzkranke Menschen fördern und vernetzen. Durch alternative Pflegekonzepte – auch in der häuslichen Pflege – und ein aktualisiertes Landesheimgesetz werden wir ein würdiges Leben im Alter absichern. Dem Wunsch vieler Menschen auf ein selbstbestimmtes und würdevolles Sterben werden wir durch eine bessere Förderung von Hospizen und der Hospizbewegung entsprechen.

Viele Ältere sind bürgerschaftlich engagiert. Ihre Erfahrungen, ihre Potenziale und ihr Wissen wollen wir stärker in die Gestaltung der Zukunft unseres Landes einbeziehen und ihre kommunalen Mitwirkungsrechte durch Seniorenbeiräte gesetzlich verankern. Generationenübergreifende Initiativen erfahren unsere besondere Unterstützung.

Menschen mit Behinderung – selbst bestimmt statt ausgegrenzt

Wir wollen Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Wir werden ein echtes Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen verabschieden. Die nach wie vor bestehenden Barrieren wollen wir beseitigen. Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen muss weiter gefördert werden, u.a. durch Einblendungen in aktuellen Fernsehsendungen wie der „Hessenschau“. Alle Hilfemaßnahmen werden wir am individuellen Bedarf ausrichten. Menschen mit Behinderungen sollen in ihren gewohnten Umgebungen bleiben können, für uns gilt die Maxime „ambulant vor stationär“. Wir werden die Eingliederungshilfe und ihre Finanzierung aus einer Hand organisieren und Zielvereinbarungen zum Abbau stationärer Plätze in der Eingliederungshilfe zugunsten ambulanter Unterstützungsformen abschließen.

Die Angebote der Frühförderung werden wir erheblich ausweiten und die Integration behinderter Kinder in Kindertagesstätten, Kinderhorten, Schulen sowie außerschulischen Betreuungseinrichtungen durch eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Institutionen sicherstellen.

Gesundheit fördern

Vorrangige Ziele GRÜNER Gesundheitspolitik sind die Förderung der Gesundheit und die Prävention von Krankheiten. Dadurch soll nicht nur die Gesundheit der Menschen erhalten, sondern auch ihre Selbstverantwortung gestärkt werden. Von diesem Konzept sollen alle Generationen profitieren, insbesondere Kinder und Jugendliche werden in ihrer Kompetenz und Eigenverantwortung gestärkt.

Freiheit endet da, wo ihre Inanspruchnahme anderen schadet. Wir setzen uns daher für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Unser Ziel ist es, die bisher von Rauch betroffenen Menschen auch am Arbeitsplatz wirksam zu schützen.

Der öffentliche Gesundheitsdienst soll zur tragenden Säule kommunaler Gesundheitspolitik werden; wobei wir die Planung, Steuerung und Kooperation vor Ort durch klar definierte und messbare Gesundheitsziele stärken wollen. Umweltmedizin muss eine deutliche Aufwertung erfahren.

Wir wollen in enger Abstimmung mit den Krankenkassen, den Verbänden und den Leistungsanbietern einen hessischen „Masterplan Gesundheit“ erstellen und umsetzen.

Der Mensch, als Versicherte bzw. Versicherter und als Patientin bzw. Patient, muss endlich in den Mittelpunkt unseres Gesundheitswesens gerückt werden. Wir setzen uns für ein integriertes Versorgungssystem ein, in dem ambulante, teilstationäre, stationäre, pflegerische und der Rehabilitation dienende Angebote patientenorientiert zusammenarbeiten. Gerade aufgrund der demografischen Altersentwicklung muss eine wohnortnahe Versorgung – auch im ländlichen Raum – sichergestellt werden. Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Versorgung psychisch kranker Menschen, insbesondere Kinder und Jugendlicher, legen. Die Verbraucherrechte von Patientinnen und Patienten werden wir durch eine flächendeckende unabhängige Patientenberatung und Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen stärken.

Die Krankenhausplanung und -finanzierung wird eng mit den Kreisen und kreisfreien Städten abgestimmt. Wir treten für den Erhalt öffentlicher und freigemeinnütziger Krankenhäuser ein. Bei der Weiterentwicklung des hessischen Krankenhausplans setzen wir auf regionale Krankenhausverbände mit integrierten Versorgungskonzepten, um insbesondere im ländlichen Raum die medizinische Versorgung durch Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu sichern.

Hessen muss wieder zu einer menschlichen Suchtpolitik zurückkehren. Unser Konzept umfasst konsequente Prävention, vernetzte und wohnortnahe Beratung und Behandlung sowie ausreichende Überlebenshilfen. Bei der Nutzung weicher Drogen setzen wir uns für die konsequente Umsetzung des geltenden Jugendschutzes ein. Bei der Auslegung der sog. „geringen Menge“ orientieren wir uns an anderen Bundesländern und nicht an der derzeitigen restriktiven Auslegung in Hessen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Prävention der HIV-Infektion sowie die Unterstützung der HIV-/AIDS-Behandlung.

Die Bedeutung von Infektionskrankheiten wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, daher werden wir die Forschung und Entwicklung wirkungsvoller Programme und Therapieformen unterstützen.

Mehr Sport und Spiel für eine bewegte Gesellschaft

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Breiten- und Spitzensport. Sie dienen der Integration und stärken die Gesundheitsprävention. Wir brauchen mehr Sportgelegenheiten für eine spiel- und bewegungsfreundliche Umwelt. Dabei wollen wir die Prinzipien von Ökologie, Nachhaltigkeit und der demografischen Entwicklung beachten. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die die Zivilgesellschaft und das bürgerliche Engagement festigen.

Ehrenamtliches Engagement im Sport wollen wir fördern. Gerade angesichts der vielen Menschen, die sich ehrenamtlich für den Sport engagieren, wollen wir einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport.

Frauen stärken – vor Gewalt schützen – Geschlechterrollen überwinden

Um Frauen vor Gewalt zu schützen, bedarf es flächendeckender Beratungsstrukturen, niedrigschwelliger Schutzprogramme und verstärkter Präventionsanstrengungen an unseren Schulen. Gerade in der Jungenarbeit muss dieses Thema stärker in den Vordergrund rücken.

Das Überwinden von Geschlechterrollen und Gewaltprävention beginnt im frühen Kindesalter und muss Thema in Kindergarten und Schule sein. Wir werden den Aktionsplan gegen Gewalt in Hessen verlässlich umsetzen und den besonderen Bedürfnissen von Migrantinnen Rechnung tragen. Wir werden wieder ein engmaschiges Netz an Zufluchtsmöglichkeiten für Frauen und Kinder schaffen.



Armut und Ausgrenzung verhindern, gleichwertige Lebensbedingungen schaffen

Materielle Armut sowie gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung existieren auch in einem reichen Bundesland wie Hessen. Die Angst davor ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Eine regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung soll Auskunft über die Ursachen von Armut und Ausgrenzung geben und

Hinweise für deren Bekämpfung liefern. Unsere Strategien zeigen Wege aus der Armut auf und stellen die Teilhabe an Erwerbsarbeit, Bildung und sozialer Integration sicher.

Durch Qualitätsstandards und eine angemessene Landesbeteiligung an der Weiterentwicklung sozialer Dienstleistungen werden wir präventive Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen in besonderen sozialen Krisensituationen absichern. Sozialen Zusammenhalt und Nachbarschaftshilfe in Stadtteilen werden wir fördern.

Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen überall in Hessen. Deshalb werden wir die Kommunen bei der Planung, Gestaltung und Sicherstellung sozialer Hilfen und von Angeboten der sozialen Infrastruktur landesseitig unterstützen. Projekten in diesen Bereichen werden wir durch längere Bewilligungszeiträume im Rahmen des Sozialbudgets Planungssicherheit und Kontinuität gewähren.

Starke Jugend – starke Zukunft

Ausbildung bedeutet Teilhabe und Aufstiegschancen. Wenn junge Menschen ohne Perspektiven sind, gefährdet dies den sozialen Zusammenhalt und letztlich unsere Demokratie. Insbesondere müssen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz für Migrantinnen und Migranten erhöht werden. Die Programme der Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung für Jugendliche wollen wir daher in einem Ressort bündeln und auf die individuellen Bedürfnisse unserer Jugendlichen ausrichten. Wir wollen in Kooperation mit der hessischen Wirtschaft Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen schaffen.

Die Vernetzung von außerschulischer Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendschutz und den Jugendverbänden mit der Institution Schule ist überfällig. Wir werden die interkulturelle Jugendarbeit fördern.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Freiwilliges gesellschaftliches Engagement aller Generationen ist ein unverzichtbares Grundelement einer aktiven und demokratischen Gesellschaft. Staatliches Handeln und Freiwilligkeit ersetzen sich nicht, sondern stärken sich gegenseitig. Wir werden die Bereitschaft zum Ehrenamt durch ein Gesetz fördern, in dem die Vielzahl bestehender Regelungen zusammengefasst ist. Insbesondere werden wir Angebote für „Freiwilligenjahre“ Jugendlicher, junger Erwachsener, aber auch Älterer ausbauen.

HESSEN WAGT MEHR DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE

Das Eintreten für die demokratische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger und die Rechte von Minderheiten ist Grundlage GRÜNER Rechts- und Innenpolitik. Unser Staatsverständnis ist das einer demokratischen Republik, in der die Bürgerinnen und Bürger ihr Gemeinwesen gemeinsam gestalten. Damit der Staat dieser Aufgabe nachkommen kann, ist er auf intakte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen angewiesen. Diese müssen transparent sein und vorhandene Informationen grundsätzlich offen legen. Die Grenzen zwischen Lobbyismus, Politik und Verwaltung müssen zu jeder Zeit eindeutig erkennbar sein. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger als Akteurinnen und Akteure der Demokratie stärken und ihre Beteiligungsrechte erweitern. Wir wollen endlich auch in Hessen ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz. Damit entsteht ein allgemeiner Anspruch auf Informationszugang der Bürgerinnen und Bürger gegenüber öffentlichen Stellen des Landes und der Kommunen und damit eine größere Transparenz öffentlichen Handelns.

Sicherheit und Freiheit in Balance

Sicherheit gehört zu den zentralen Gütern, die der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern bereitstellt. Absolute Sicherheit gibt es aber nicht. Sicherheit darf nicht zu Lasten der offenen, freien und demokratischen Gesellschaft gehen. Sie lässt sich erst recht nicht durch den Abbau fundamentaler Freiheitsrechte erreichen. Sicherheit

umfasst vielmehr auch Präventionsmaßnahmen wie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Ungleichheit und Perspektivlosigkeit und setzt auf internationale Kooperation.

Kommunale Kriminalprävention lässt sich durch soziale Städteplanung und sozialen Städtebau flankieren. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse und des infrastrukturellen Angebots, die Unterstützung des sozialen Miteinanders und die Herstellung gemischter Wohnstrukturen können ein Klima erzeugen, das Gewalt zu einer Ausnahme werden lässt. Gute Sozialpolitik ist die wirksamste Kriminalprävention.

Eine angemessen bezahlte, gut ausgebildete und bürgernahe Polizei ist unverzichtbarer Bestandteil der Wahrung öffentlicher Sicherheit. Sie muss ein Spiegelbild der ganzen Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir die von uns begonnene Anwerbung von Polizeibeamtinnen und -beamten nichtdeutscher Herkunft fortsetzen.

Für uns gilt der Grundsatz: Überall wo Polizei drauf steht, muss auch Polizei drin sein. Die Dienstnummer muss klar erkennbar und offen getragen werden. Die weitere Entprofessionalisierung im Polizeibereich durch die Vergabe von Sicherheitsaufgaben in private Hände lehnen wir ab.

Wir werden den Landespräventionsrat und die kommunalen Präventionsräte stärken. Dort entwickeln Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, der Polizei und andere Interessierte gemeinsam Strategien zur Kriminalitätsvermeidung. Sie überwinden Anonymität und befördern ein solidarisches Miteinander.

Justizvollzug humanisieren

Wir werden die Sicherheit der Bevölkerung durch einen effizienten, auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug gewährleisten. Entlassungsvorbereitung durch Haft erleichterungen muss wieder selbstverständlich sein, der offene Vollzug muss wieder stärker genutzt werden. Die Resozialisierung während des Vollzugs muss durch wirksame Unterstützungsmaßnahmen nach dem Übergang in die Freiheit ergänzt werden. Entscheidend ist, ob die Wiedereingliederung in die Gesellschaft gelingt und die ehemaligen Gefangenen künftig keine Straftaten mehr begehen.

Im Jugendstrafvollzug muss die Erziehung der Jugendlichen im Vordergrund stehen. Er muss vom Erwachsenenvollzug räumlich und organisatorisch getrennt sein. Der offene Vollzug muss der Regelvollzug für Jugendliche sein, im geschlossenen Vollzug sind überschaubare Wohngruppen wichtig. Die jugendlichen Gefangenen werden nicht verpflichtet, Anstaltskleidung zu tragen, sondern dürfen selbst über ihre Kleidung entscheiden. Außenkontakte zu Angehörigen und Bezugspersonen müssen erleichtert werden. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind entscheidend für eine erfolgreiche Resozialisierung im Jugendstrafvollzug.

Auch im Strafvollzug und der Resozialisierung muss den unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern Rechnung getragen werden.



Das Betreiben von Justizvollzugsanstalten ist eine hoheitliche Aufgabe. Wir wenden uns daher gegen privat betriebene Gefängnisse.

Korruption wirkungsvoll bekämpfen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die UN-Konvention zur Korruptionsbekämpfung endlich umgesetzt wird. Sie verbietet die Abgeordnetenbestechung umfassend. Alle Nebeneinkünfte der Abgeordneten des Hessischen Landtags sowie die der hessischen Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und -sekretäre sind für die Bürgerinnen und Bürger transparent darzustellen, um Abhängigkeitsverhältnisse der Mandatsträgerinnen und -träger jenseits des Wählerauftrags berücksichtigen zu können.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass ein Unternehmensstrafrecht durch den Bund geschaffen wird, denn bei Korruptionsdelikten werden Straftaten häufig zur Durchsetzung von Unternehmensinteressen begangen. Daher reicht allein die Bestrafung der handelnden Personen nicht aus, sondern die Unternehmen selbst müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Durch die mangelhafte personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaft im Bereich der Korruptionsbekämpfung und Steuerhinterziehung ist das Entdeckungsrisiko immer noch gering und die Bearbeitung vieler Delikte nicht möglich. Das werden wir ändern. Um Korruptionsdelikte effizienter verfolgen zu können, werden wir integrierte Ermittlungseinheiten einrichten, in denen Staatsanwaltschaft, Kriminal-

polizei und Fachleute unterschiedlicher Gebiete (Vergabewesen, Betriebsprüfung, Steuerfahndung, Bautechnik, Gesundheitswesen, Umweltverwaltung etc.) unter einheitlicher Leitung zusammenarbeiten. In allen öffentlichen Verwaltungen werden unabhängige Anti-Korruptions-Ombudsleute benannt, die als vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Hinweisgeberinnen und -geber fungieren.

Hessen diskriminiert nicht!

Das vom Bundestag beschlossene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wirkt in weite Bereiche des täglichen Lebens. Es verankert erstmals ein Verbot der Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität im Zivilrecht. In Deutschland gibt es bisher nur wenige Erfahrungen mit Bürgerrechten im Zivilrecht. Um dieser Unsicherheit zu begegnen, werden wir ein hessisches Gleichbehandlungsgesetz verwirklichen sowie eine Informationskampagne und weitere Maßnahmen zur aktiven Umsetzung des Gesetzes initiieren. Dazu gehört auch der Respekt gegenüber allen Religionen.



Hessen kann mehr Vielfalt: Gleiche Rechte für Lesben und Schwule

Die Rechtsinstitution der eingetragenen Lebenspartnerschaft hat die rechtliche Gleichstellung und soziale Anerkennung von Lesben und Schwulen deutlich verbessert. Wir werden dafür sorgen, dass gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebenspartnerschaft in jeder hessischen Kommune auf dem Standesamt eintragen lassen können. Darüber hinaus werden wir die hessischen Gesetze, Verordnungen und Erlasse endlich an das Lebenspartnerschaftsgesetz anpassen. Wir wollen, dass eingetragene Lebenspartnerinnen und -partner die gleichen Rechte und Pflichten erhalten wie heterosexuelle Ehepaare. Dies gilt insbesondere im Steuerrecht, bei der Hinterbliebenenversorgung und im Adoptionsrecht. Wir wollen eine Gesellschaft der Akzeptanz. Hessens Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln und wertneutral behandeln. Hierzu sind Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer durchzuführen. Auch die Landesverwaltung muss ihre Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen und Diversity-Konzepte erarbeiten und umsetzen. Leitbild und Ziel ist die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen Identität und die Möglichkeit, diese frei von Diskriminierungen leben zu können. Dazu gehört auch die zielgruppenspezifische Jugendarbeit.



Hessen gegen Rechtsextremismus

Die Demonstrationen so genannter rechter Kameradschaften und die NPD-Erfolge bei der Kommunalwahl zeigen, dass der Rechtsextremismus auch Hessen nicht verschont. Die von einzelnen konservativen Politikerinnen und Politikern regelmäßig praktizierte Anbiederung an den rechten Rand ist ein gefährlicher Irrweg und ebnet den Rechten den Weg. „Moderne“ Neonazis gehen zwar professioneller, aber weiterhin skrupellos vor. Wir werden den Bundesprogrammen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ein eigenes hessisches Programm zur Seite stellen und diese Auseinandersetzung aus der Mitte der Gesellschaft führen. Deshalb werden wir vorrangig Nicht-Regierungsorganisationen und -initiativen im Kampf gegen den Rechtsextremismus unterstützen.

Gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien kämpfen wir für die Werte unserer freien, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Wesentliche Voraussetzungen für ihren Erhalt sind Aufrichtigkeit und Transparenz in der Politik und die echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen.

Der beste Schutz gegen braune Propaganda ist politische Bildung. Deshalb werden wir ein landesweites Bildungs- und Informationsprogramm gegen Rechts auflegen, das auch unter Einbeziehung einer Genderperspektive auf unterschiedliche Zielgruppen eingeht und nicht nur Jugendliche im Blick hat: Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellungen finden sich bedauerlicherweise in allen Altersgruppen und Schichten der Gesellschaft. Die Stärkung jeglicher demokratischer Kultur ist daher fundamentaler Bestandteil des Kampfes gegen Rechtsextremismus.



Moderne Informationsgesellschaft und Datenschutz gehören zusammen

Die wachsenden technischen Möglichkeiten für die Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten sowohl im öffentlichen Bereich als auch im Bereich der Wirtschaft erfordern einen wirksamen Datenschutz. Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken und verlässliche Regelungen für den Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensführung schaffen. Jede Hessin und jeder Hessen muss das Recht bekommen zu erfahren, welche Daten öffentliche und private Stellen über sie bzw. ihn erhoben haben und wie diese weiterverarbeitet werden.

Hessen direkt demokratisieren

Die Weichen für die kommenden Generationen werden heute gestellt: Renten, Atomkraft, Umwelt, Bildung und Gentechnik werden auch unsere Kinder und Kindeskinde beschäften. Solch weitreichende und häufig nur schwer rückgängig zu machende Entscheidungen benötigen ein stabiles gesellschaftliches Fundament. Wir wollen deshalb die direkte Demokratie in Hessen stärken und Volksbegehren und Volksentscheid erleichtern. Wir wollen das Quorum für die Einleitung eines Volksbegehrens auf ein Prozent der Stimmberechtigten und für die Durchführung auf höchstens zehn Prozent absenken. Die Zeit zur Werbung von Unterstützerinnen und Unterstützern wollen wir verlängern und die Unterschriftensammlung wesentlich erleichtern. Auch Verfassungsänderungen sollen künftig durch Volksbegehren möglich sein.

Besonders Frauen wollen wir durch Mentoringprogramme u.ä. verstärkt dafür gewinnen, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen.



Elektronische Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung stärken

Das Internet bietet zahlreiche Möglichkeiten und Potenziale für mehr Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Bundesweit werden unter dem Begriff „E-Partizipation“ neue Formen der Mitbestimmung erprobt und weiterentwickelt. Diese Erfahrungen gilt es auch in Hessen zu nutzen. Zu diesem Zweck können Internetforen zu aktuellen landespolitischen Themen eingerichtet werden. Wir werden dadurch die Politik bürgerinnen- und bürgerfreundlicher gestalten und die Möglichkeit eröffnen, dass sich Menschen ohne große Hürden engagieren.

Demokratie und Daseinsvorsorge in Hessens Kommunen

Bürgerinnen und Bürger begegnen dem Staat und seinem Handeln nirgends so direkt wie in ihren Kommunen. Diese stehen angesichts wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und demografischer Wandlungsprozesse unter zunehmendem Druck. Gleichzeitig hängen Substanz und Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung von ihren Strategien ab. Wir werden die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.

Alle Menschen mit Wohnsitz in der jeweiligen Kommune – nicht nur die Wahlberechtigten – müssen sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen können. Wir werden die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner an der örtlichen Politik durch die Einführung bzw. Verankerung von Einwohnerversammlungen, Petitionsrechten, Einwohneranträgen, Bürgerentscheiden auf Kreisebene und Einwohnerfragestunden ausbauen. Wir wollen die zu hohen Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid senken.

Hessen als fairer Arbeitgeber

Wir stehen für eine faire Politik des Landes gegenüber seinen Beschäftigten, die den Anforderungen einer modernen und familienfreundlichen Personalführung entspricht. Dies ist das Gegenteil dessen, was die Regierung Koch betreibt. Wir werden wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren und den bisher für Hessen verweigerten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TV-L) einführen. Damit wird auch die von der CDU-Regierung eingeführte 42-Stunden-Woche für Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes wieder abgeschafft. Im Beamtenbereich werden wir mit allen Interessenvertreterinnen und -vertretern Gespräche führen, um die neuen Landeskompetenzen bei der Besoldung zu wirklichen Verhandlungen zu nutzen. Exklusiv-



gespräche, die einzelne Organisationen ausschließen, wird es mit uns nicht geben. Die Personalvertretungsrechte werden wir nach dem Abbau der letzten Jahre wieder stärken.

SOLIDE FINANZPOLITIK FÜR HESSEN

Wir GRÜNE sind dem Ziel der Nachhaltigkeit auch im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik verpflichtet. Zukünftige Generationen verlangen zu Recht, dass wir sie nicht mit Schulden überlasten. Die Politik der CDU-Landesregierung missachtet dieses Prinzip seit Jahren; sie hat entgegen ihrer Behauptungen die Verschuldung des Landes massiv ausgeweitet und damit weder nachhaltig noch generationengerecht gewirtschaftet. Die ausufernde Verschuldung und der Ausverkauf des Landesvermögens gehen nämlich vor allem zu Lasten der kommenden Generationen und verengen die Handlungsspielräume in der Zukunft.

Darum werden wir diese hemmungslose Verschuldungspolitik beenden, indem wir eine zukunftsfähige Haushaltswirtschaft zur verbindlichen Grundlage unserer Politik machen. Wir werden dazu auf die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild dringen, den Verkauf der landeseigenen Immobilien stoppen und dafür eintreten, unsinnige Steuervergünstigungen und -subventionen zielgerichtet abzubauen. Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist aber mehr als zu sparen. Daher werden wir die Investitionen in die Zukunft – vor allem in den Schwerpunkten Umwelt, Bildung und Betreuung – spürbar erhöhen. Eine intakte Umwelt und exzellente Bildung sind das wichtigste Kapital, das wir der nächsten Generation übergeben können. Deshalb werden wir finanzielle Mittel für den Umweltschutz sowie für Angebote zur Betreuung und Bildung von Kindern mit erster Priorität bereitstellen.

Geschlechtergerechte Haushaltspolitik

Der Landeshaushalt ist im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu überprüfen und neu auszurichten. Den Ansatz des Gender Budgetings werden wir schrittweise auf den gesamten Haushalt ausdehnen.



Gerechte Steuerpolitik

Staatliche Leistungen und Aufgaben bedürfen einer angemessenen und gerechten Finanzierung durch die Gesellschaft. Deshalb werden wir Steuerflucht und Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen. Wir wollen den Anteil vermögensbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen erhöhen, damit auch von den Vermögenden endlich ein angemessener Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens geleistet wird.

Reform des Länderfinanzausgleichs

Wir wollen, dass der Finanzausgleich in Deutschland modernisiert wird, ohne dabei seine solidarische Ausgleichsfunktion auszuhebeln. Der reformierte Länderfinanzausgleich muss dennoch einfacher, überschaubarer und dadurch gerechter geregelt werden. Er muss gleichzeitig stärker aktivierend wirken, d.h. die finanzschwächeren Länder sollen sich nicht auf die Hilfe der anderen verlassen sondern angeregt werden, ihr eigenes Engagement zu verstärken. Darum sollen sich eigene Anstrengungen der Länder, Steuereinnahmen zu verwirklichen, stärker lohnen, indem zusätzliche Einnahmen nicht sofort an andere abgeführt werden müssen. Die fiskalische Eigenverantwortlichkeit der Länder wird auf diese Weise erhöht und die Basis ihrer Steuereinnahmen verbreitert.